

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 84.

Freitag, den 11. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Die Volkswehr.

IV. Die heutige Bedeutung der Milizforderung.

Nach Erreichung der nationalen Ziele sind die Armeen nicht wieder in ihrer Kraft und Bedeutung zurückgegangen, wie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Umgekehrt ist die gewaltige militärische Anstrengung Preußen-Deutschlands von 1860 bis 1870 das Signal für alle Länder gewesen, ihre Armeen so weit zu vergrößern, wie nur ihre Volkszahl zuließ. Die Gegensätze der kapitalistischen Staaten blieben bestehen, und mit dem Emporkommen des Imperialismus verschärften sich diese Gegensätze immer mehr. In diesem scharfen Wettkampf um Weltmacht muß jeder Staat bis zum äußersten seine militärische Kraft anspannen. Weit über die Grenzen hinaus, die man früher für zulässig hielt, wird die Kraft angestrengt, und bis zum äußersten werden alle Hilfsquellen des Landes, sein Menschenmaterial und seine Steuerkraft ausgeschöpft. Da kann es in der Tat zu einem schädlichen Luxus werden, wenn man für dasselbe Geld sich mit einer schlechteren Armee, einem schlechteren Menschenmaterial zufrieden gibt. Da tritt an die herrschende Klasse die Forderung heran, sich die bestmögliche Ware für ihr Geld zu beschaffen, und alles, was irgendwie die Kraft und Leistungsfähigkeit der Armee verringert, zu beseitigen. Auch die Fachleute werden sich auf die Dauer, mögen sie noch so sehr im Banne der Ueberlieferung stehen, dieser Tendenz nicht entziehen können. Und so entstehen auch in der bürgerlichen Welt, sogar im Militär selbst, Anregungen in dieser Richtung; alles, was die Leistungsfähigkeit erhöht, muß auch dort Befürworter finden — und dazu gehört das meiste unserer Milizforderung. Reformen, die auf dem Wege zur Miliz liegen, entsprechen einem realen Bedürfnis, einer lebendigen Tendenz im modernen Militarismus selbst.

Schon vor zwei Jahrzehnten wurde in dieser Weise die Präsenzzeit von drei auf zwei Jahre verkürzt. Nur dadurch ließ sich die Anzahl der jährlich eintretenden Rekruten — und damit in demselben Verhältnis die Totalstärke der Armee — bedeutend steigern, ohne daß mehr Geld nötig war. Seitdem ist, vor allem durch das Sinken der Flotte, die Steuerklemme immer drückender geworden; die Finanzreform von 1909 hat eine starke Unzufriedenheit in den Massen erzeugt und den Anhang der Sozialdemokratie bedeutend verstärkt. Die herrschende Klasse weiß, daß sie mit solchen weiteren Experimenten vorsichtig sein muß. Was dann? Entweder müssen die bestehenden Massen selbst tief in den Säckel greifen — das werden sie bald nicht mehr vermeiden können — oder die Kosten müssen herabgesetzt werden, ohne daß die Kraft der Armee darunter leidet. So muß auch für die herrschende Klasse die Finanzklemme von selbst zu einer Erörterung der Frage der weiteren Verkürzung der Dienstzeit führen.

Vor einigen Tagen wurde in der nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ von einem anonymen Einsender diese Frage angeschnitten, und darauf gedrängt, daß Versuche angestellt werden, um zu prüfen, ob nicht eine einjährige Dienstzeit zur vollen Ausbildung genügen würde. Was hier als Frage gestellt wird, ist in Wirklichkeit schon längst entschieden, durch die Praxis und durch die Logik. Durch die Logik, indem es jedem klar ist, daß die Dienstzeit durch militärisch nutzlosen, nur reaktionär-politischen Zwecken dienenden Paradebrill unnötig verlängert wird. Durch die Praxis in den Erfahrungen anderer Länder, wo mit einer kürzeren Dienstzeit eine völlig genügende Ausbildung erzielt wurde. Natürlich will die Klasse des zünftigen Militärs für die Tradition des Drills heilig ist, von solchen Neuerungen nichts wissen; immerhin ist es bemerkenswert, daß schon vor zwei Jahren von einem ungenannten militärischen Mitarbeiter in der Frankfurter Zeitung eine tatsächliche, wenn auch nicht formelle Verkürzung der Dienstzeit empfohlen wurde. Natürlich wird immer eine erhebliche Differenz zwischen unseren Anschauungen und denen der vorurteilslosesten Militärs bestehen bleiben; das zu erreichende Ziel ist für unsere Milizauffassungen eine genügende Geübtheit im Waffengebrauch und in dem organischen Zusammenarbeiten der Personen und der Gruppen; der Offizier glaubt dagegen immer fordern zu müssen, daß er seine Truppe völlig in der Hand hat, wozu also ein gutes Stück Drill im mechanischem Gehorsam nötig wäre.

Während einerseits das Bedürfnis und die Notwendigkeit einer weiteren Verkürzung der Dienstzeit bei der Jahre entsteht, ist andererseits dazu auch die Möglichkeit entstanden. Heute ist nicht mehr dieselbe Uebungszeit nötig wie früher, weil sich das Menschenmaterial geändert hat. Die Soldaten kommen durch die wachsende

Proletarisierung Deutschlands immer weniger aus Bauern-, immer mehr aus Arbeiterkreisen. Charakter und Wesen der Soldaten wird immer mehr durch Charakter und Wesen des Proletariats bestimmt. Im Gegensatz zu den früheren Bauernjungen kann man von den heutigen Proletariatsjungen sagen, daß sie körperlich und gesundheitlich jenen zurückstehen, ihnen aber geistig bedeutend überlegen sind. Eine gute Ernährung beim Militär kann die physische Kraft sofort bedeutend heben; die größere geistige Ausbildung und die geistige Regsamkeit machen, daß diese Proletariatsjunge mit einer viel kürzeren Ausbildungszeit auskommen. Sie lernen rasch, weil sie dem Gelernten ein besseres Verständnis entgegenbringen.

Allerdings mag es scheinen, daß dem etwas anderes gegenübersteht. Denn wenn diese sozialistischen Arbeiter auch rascher und fähiger im Erlernen des militärischen Handwerks sind, so sind sie dafür auch rebellischer veranlagt und sie müssen daher durch einen längeren Drill zum Gehorsam erzogen werden. Aber hier kommt nur die alte blöde Einsichtslosigkeit zutage. Die Praxis hat schon längst gezeigt, was wiederholt von einsichtsvollen Offizieren bezeugt worden ist, daß gerade die Sozialdemokraten in der Armee die besten, pünktlichsten, gewissenhaftesten Soldaten sind, die allerdings auch nicht mit sich Schindluder treiben lassen — für Soldatenschnieder ist hier kein Betätigungsfeld mehr —, aber den Vorgesetzten auch keine Schwierigkeiten machen. Darin liegt kein Anlaß, wie es moderne militärische Schriftsteller tun, von dem „ausgezeichneten Verhältnis“ zwischen Offizieren und Mannschaften zu reden. Der Groß, den die endlosen Plakereien und die nutzlose Kraftvergeudung bei diesen Soldaten auslösen, äußert sich nicht in zweckloser Widerpenflichkeit, sondern in einem tiefen Haß gegen das ganze System, den sie in ihrem Herzen bewahren. Mit einer langen Dienstzeit ist bei ihnen nichts zu erreichen; von Anfang bis Ende bleiben sie immer dieselben Leute, die gerade in ihrer sozialistischen Einsicht den Boden finden, zu tun und mitzumachen, was sich nicht ändern läßt.

So sind in der modernen Entwicklung der Verhältnisse viele Kräfte vorhanden, die die Richtung der Volkswehr zeigen, namentlich die Richtung der Verkürzung der Dienstzeit, der Beseitigung nutzlosen Drills, der Eindämmung der Quälereien, der größeren Selbstständigkeit der Soldaten. Aber deshalb darf man sich noch nicht dem Wahne hingeben, die Armee befände sich schon auf diesem Wege der Reformen oder sie werde sich aus ihrem eigenen Innern heraus zur Miliz entwickeln. Gleich starke, ja noch viel stärkere Kräfte wirken in entgegengesetzter Richtung. Schwerer noch als der Kampf gegen die Konkurrenten wiegt bei der herrschenden Klasse die Sorge um ihre Herrschaft, die Verteidigung gegen den inneren Feind. Was dafür nötig ist oder nützlich erscheint — und das ist der ganze militaristische Charakter der Armee — steht an erster Stelle, und eine Verschlechterung des Kriegswertes wird dafür sogar in Kauf genommen. Was mehr an Geld für die Armee ausgegeben wird, als für ein tüchtiges Kriegsinstrument nötig wäre, gilt als für die Sicherung der „Ordnung“ verausgabt, was in den Augen der Bourgeoisie an, ein sehr guter Geldaufwand ist.

Hier tritt nun die proletarische Kritik, die sozialistische Propaganda auf. Diese Kritik muß gewaltig an Kraft wachsen, wenn sie sich gerade auf einer inhaltvollen Tendenz im Militarismus berufen kann. Wenn bei der neuen Militärvorlage unsere Fraktion die ganze grundsätzliche Stellung unserer Partei aufrollt und unsere Milizforderung verteidigt, ist sie zugleich das Mundstück realer Bedürfnisse und der vernünftigsten Anschauungen, die sogar schon aus dem Militarismus selbst aufkommen. Sie redet da nicht über eine abstrakte Phantastie, die außerhalb der gewaltigen Kräfte unserer Zeit steht, nein, sie spricht von den realsten Tatsachen der heutigen Welt: von der Notwendigkeit der Selbstständigkeit und der freien Initiative jedes Soldaten in dem modernen Krieg, wobei sie sich auf die besten Militärchriftsteller, wie Bernharden, berufen kann; von der Forderung in dem Menschenmaterial, die die Plakereien und die lange Dienstzeit immer unnötiger und widersinniger macht; von den Finanzschwierigkeiten, die auch die Regierungen quälen und zu einer Aenderung des Systems drängen. Dann wird im hellsten Licht die Wahrheit hervortreten, daß nicht irgendwelche sachliche Gründe, sondern daß nur politische Gründe unseren Forderungen in den Weg gestellt werden und daß diese politischen Gründe nichts anderes sind als die Furcht vor allem, was eine freiere Entwicklung der persönlichen Kräfte jedes einzelnen fördern würde. Gerade wo die Erhöhung des militärischen Wertes der Armee das Leitmotiv aller bürgerlichen Redner sein wird, ist es Sache der Sozialdemokratie, scharf gegen alles Reaktionsäre in der Armee vorzugehen, das die Proletarier im Waffenrock endlos quält und ärgert und zugleich diesen mili-

tärischen Wert der Armee bedeutend herabsetzt — nicht nur gegen die lange Dienstzeit, sondern auch gegen das Kasernensystem, gegen den Paradebrill, gegen die Kastensabgeschlossenheit der Offiziere, gegen die Militärgerichtsbarkeit.

Dann wird sich zeigen, daß die Milizforderung nach wie vor ein lebendiges Prinzip von hohem Werte ist: nicht eine abstrakte Konstruktion, sondern der Inbegriff des sozialistischen Kampfes gegen die Institution, die der Inbegriff der bürgerlichen Klassenherrschaft ist. Und wenn dieser Kampf im Parlament nicht „positiv“ ist in dem Sinne, daß auf unsere Kritik gehört wird, so wird er um so positiver sein in seinen moralischen und agitatorischen Folgen. Denn er wird immer neue Scharen der vom Militarismus bedrückten Volksmassen der Sozialdemokratie zuführen und dadurch unseren Sieg in immer größerer Nähe rücken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Deckung.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden bei der Beurteilung der Deckungsvorlage von dem grundsätzlichen Gesichtspunkt ausgehen, der im Manifest der deutschen und französischen Partei vom 1. März ausgesprochen ist und in der gestrigen Sitzung des Reichstags vom Genossen Dr. Südekum wiederholt wurde: sie werden alles tun, um die Heeresvermehrung zu Fall zu bringen; unterliegen sie aber, so werden sie dafür sorgen, daß die Lasten, die neu entstehen, von den Besitzenden und Reichen getragen werden. Es ist auch gar keine Frage, daß die Vorlage der Regierung bei all ihrer Unzulänglichkeit, bei all ihrer Anglistlichkeit und trotz der großen Rücksichten, die sie auf kapitalistische Empfindlichkeit nimmt, dem sozialdemokratischen Gedanken einigermaßen entgegenkommt. Ja, Südekum konnte sogar feststellen, daß die Idee des „Wehrbeitrags“ in ihrem Ursprung auf eine Anregung des Genossen David zurückgeht. Dieses Zugeständnis haben ohne Zweifel die Wahlen von 1912 gezeigt.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde noch der Zwischenfall, der der vorgestrigen Sitzung einen so aufregenden Schluß gegeben hatte, durch eine Entschuldigung des bayerischen Militärbevollmächtigten beigelegt. Jetzt fühlte sich auch — ein wenig spät — der Zentrumsführer Dr. Spahn veranlaßt, für seinen Fraktionskollegen, General Häußler, ein Wort zu sagen. Dann kam Genosse Südekum als erster Redner aus dem Hause zu der Frage der Deckung zum Wort. Unter Redner zeigte zuerst die Richtigkeit all der Redensarten auf, mit denen man eine wirkliche Begründung des ganzen Unternehmens vermeiden möchte: Leistungsfähigkeit des Volkes, Opfermut der Reichen und dergleichen. Er stellte dann den Grundlag unserer Steuerpolitik fest und unterrichtete in diesem Zusammenhang die einzelnen Vorschläge der Regierung. Dabei verhehlte er garnicht die Genugtuung, die uns das Zugeständnis der Regierung an vernünftigeren Gedankengänge schafft, und schloß daran unter großer Aufmerksamkeit des Hauses eine von gründlicher Sachkunde getragene eingehende Kritik ihres Vorgehens. Er bemängelte vor allem das Fehlen eines umfassenden Finanzplans, der auf der Grundlage einer Erbschaftsteuer oder wenigstens einer Reichsvermögenssteuer möglich würde. Am Wehrbeitrag kritisierte er mit besonderer Schärfe den Mangel einer Progression, die Rücksichtslosigkeit gegen den Mittelstand und die gewollte Unklarheit über die Pflichten der Fürsten. Seine Darstellung, die von überlegenen politischen Gesichtspunkten geleitet war, mündete in die Forderung einer vollständigen Reform unserer Finanzen durch die Initiative der Volksvertretung.

Der Zentrumredner Speck war nur in einem Punkte klar und deutlich: er erklärte den Willen seiner Partei, die Heeres- und die Deckungsvorlagen durch dieselbe Mehrheit zustande kommen zu lassen. Im übrigen äußerte er mannigfache Bedenken, ohne daß man jedoch erraten konnte, was seine wirkliche Auffassung sei. Das unterstrich mit Recht der nationalliberale Dr. Paasche, der indessen das Gefühl haben mußte, daß man ihm denselben Vorwurf machen könne. Er forderte Reichserbschafts- oder Reichsvermögenssteuer, und fügte zugleich vorsichtig hinzu, daß seine Partei sich nicht darauf kapituliere! Selbst innerhalb der nationalliberalen Fraktion merkte man, wie überaus schüchtern die Redner waren.

Als letzter Redner des Tages sprach namens der Konservativen Graf Westarp. Er betonte zur Erheiterung aller übrigen Parteien den Opfermut seiner Freunde und illustrierte dieses Bekenntnis mit zahllosen Einwendungen gegen die Besteuerung des Vermögens.

Zentrumswähler und der Rüstungswahnsinn.

Die machtklüsterne Regierungspolitik des Zentrums bereitet uns die Wege auch in den ergatzhölischen Ge-

genden. Ueber eine sozialdemokratische Flugblattverbreitung in Warendorf im Münsterlande berichtet die katholische „Westfälische Rundschau“:

Warendorf, 7. April. Gestern wurden hier Haus für Haus sozialdemokratische Flugblätter gegen die Heeresvorlage verbreitet, die, es muß gesagt werden — bei den Leuten vielfach zumimmende Erörterung fanden. Sachlich läßt sich ja auch nichts dagegen einwenden; denn ganz dasselbe, was in diesen Flugblättern steht, daß nämlich der in Tollheit ausartende Rüstungswahn schließlich das Volk ruinieren wird, haben unsere hervorragenden Zentrumsführer Windthorst, Reichensperger, Mallinckrodt usw. auch gesagt, fast mit den gleichen Worten, und die meisten süddeutschen Zentrumsblätter sagen dasselbe noch jetzt alle Tage, so derbe und deutlich, daß es von den Sozialdemokraten kaum übertroffen werden kann. In Rheinland und Westfalen haben leider unsere „Zattler“ sich allmählich zu Hurra-Militaristen durchgemauert. Das wird kein gutes Ende nehmen.

Wir glauben doch, Wenn die Bewohner der katholischen Gegenden usw. Flugblätter fleißig lesen und zur Erkenntnis gelangen, daß das Zentrum Verrat auf Verrat häuft, Lasten ohne Zahl dem armen Volke aufbürdet, auch die ungeheuerlichsten Militärforderungen schickt, tollwütig den Hurra-Patrioten mimt, bloß um die Gunst der Regierenden zu erhalten und erster an der Staatskasse zu bleiben — dann kommt es zum guten Ende, dann wird auch das katholische Volk das Joch dieser völkerverräterischen Partei endlich abschütteln.

Duell- und Judenfragen in der Budgetkommission des Reichstags.

In der Mittwochssitzung wurde zunächst die Duellfrage behandelt. Auf eine im vorigen Jahre vom Reichstag gegen das Duell angenommene Resolution hat der Bundesrat mit einer prinzipiellen Anerkennung des Duells geantwortet. Der Kriegsminister blieb bei seinen früher geäußerten Anschauungen, die bekanntlich zu einer Kontroverse mit dem Zentrum führten, bestehen. — Genosse Ledebour wünschte Auskunft, ob ein Offizier den Dienst quittieren muß, falls er aus sittlichen oder religiösen Bedenken ein Duell verweigert. — Der Kriegsminister antwortete, darüber, ob und wann ein Offizier zu verabschiedet sei, entscheide allein der Kaiser. Daran werde die Armee festhalten. Die allgemeine Debatte wird vertagt, bis der Kriegsminister die erforderlichen Unterlagen beschafft hat. — Abg. Semler brachte den Fall des Grafen Königsmark zur Sprache, der sich auf dem Hamburger Rennplatz tüpelt hat und nun auf Anordnung des Kommandanten durch einen Schutzhmann euffert werden mußte. Der Graf hat dann Neben-Vorstandsmitglieder geordert, eins davon schwer verletzt. Unter den Geforderten befanden sich Männer, die über 70 Jahre alt waren. In dem Verhalten des Grafen erblickte Herr Semler eine „sittliche Gemeinheit“. Was habe die Militärbehörde gegen den Grafen, der Offizier a. D. ist und dem Ehrengericht untersteht, unternehmen? — Der Kriegsminister antwortete, er könne das gegen den Grafen vor dem Zivilgericht anhängig gemachte Verjährten abgeklärt sein, dann erst könne die Militärverwaltung eintreten. Genosse Ledebour betonte, die Absurdität des Duells werde durch diesen Fall wieder einmal drastisch bewiesen. Mühte, selbst noch den bei den Offizieren geltenden Anschauungen, ein Mann sich mit dem Grafen schießen, der sich offenbar nicht ehrenhaft benommen hat. Mit Nicht-Ehrenmännern soll der Offizier sich nicht duellieren. — Abg. Graf Weizsäcker gab den Grafen Königsmark wegen seines Verhaltens preis. — Abg. Brabant erklärte, daß im Falle Königsmark das Ehrengericht entschieden habe, zu einem Duell sei kein begründeter Anlaß vorhanden; es war also niemand gezwungen, auf das Duell einzugehen. — Genosse Ledebour hielt dem entgegen, das Duell sei unter allen Umständen zu verwerfen, ein selbstmörderischer Mann brauche zu einer solchen Entscheidung nicht erst einen Ehrenrat. Es müßte festgestellt werden, daß der Volksparteiler Brabant ein prinzipieller Anhänger des Duells sei. — Abg. Brabant bestritt das. — Genosse Liebknecht fragte an, ob das Kriegsministerium bereits weitgehende und bindende Verpflichtungen wegen Verletzungen zur Ausführung der neuen Militärverordnungen eingegangen sei. Der Kriegsminister bestritt die Richtigkeit dieser Meinung. — Abg. Gothein fragte an, wieviel jüdische Einjährige im letzten Jahre zu Offizieren befördert worden sind. Bei vielen Regimenten wird es immer mehr Übung, Juden von vornherein vom Vorbereitungsdienst zum Reserveoffizier auszuschließen. Das in ein so m. Offizierskorps geübt Verfallungsbruch. — Der Kriegsminister erklärte, aus früherer Zeit gäbe es ein oder zwei jüdische Reserveoffiziere. Er gebe zu, daß antisemitische Tendenzen maßgebend sind dafür, daß Juden nicht als Reserveoffiziere gewählt werden. Die Verwaltung wünsche allerdings, daß nicht die Konfession, sondern nur die Fähigkeit entscheidend sein soll. — Die Abgg. Graber und Schöpplin wendeten sich ebenfalls mit aller Schärfe gegen den Stand, daß die Offizierskorps ausschließlich aus über Verfassungsbestimmungen hinwegsetzen dürfen, indem Leute bestimmter Konfessionen oder sozialer Stellung ohne Rücksicht auf ihre Qualifikation davon ausgeschlossen werden, Reserveoffizier zu werden. Nicht nur Juden, sondern auch Dissidenten und in bestimmten Bezirken auch Katholiken werden nicht als Reserveoffiziere gewählt. — Der Kriegsminister betonte, der Kaiser lehne es ab, in das Wahlrecht der Offiziere einzugreifen. Wenn die Offiziere, auch trotz der von den obersten Stellen ausgehenden Wünsche, keinen Juden wählen, zeige das, daß von einem Kadavergehörigen beim deutschen Heere nicht gesprochen werden kann. — Abg. Ledebour meinte, wenn die Verwaltung einige jüdische Knaben in ihrer Kadettenanstalt aufnehmen würde, hörte der Stand sehr bald auf. — Genosse Kossel wies darauf hin, das Verhalten der Militärverwaltung sei eine glatte und absichtliche Verletzung der Verfassung. Durch die Verweigerung der Aufnahme beim Militärstand müßte die Militärverwaltung zur Verletzung ihres Verfassens gezwungen werden. — Dem Genossen Ledebour erwiderte der Kriegsminister, das Kadettenkorps

sei eine christliche Erziehungsanstalt, da können Juden nicht aufgenommen werden. Am Offizier zu werden, seien nicht nur militärische Tüchtigkeit, sondern gesellschaftliche Fähigkeiten erforderlich.

Krieg und Standrecht.

In Chemnitz erscheint eine „Einkäufer-Zeitung“, Fachblatt für die Textil- und Neben-Branchen, das dem üblichen Zwecke dient, die Verbindung zwischen der Industrie und ausländischen Einkäufern zu erleichtern. Dagegen wäre absolut nichts zu sagen, aber das Blatt macht auch in blödsinniger Scharfmacherei. Aus dem Bericht über die Konjunktur ergibt sich, daß die einzelnen Textilbranchen mit Aufragen geradezu überhäuft sind; die dadurch geschaffene Möglichkeit, höhere Preise zu fordern, wird von den Unternehmern voll ausgenutzt. Weil aber auch die Arbeiter aus dieser günstigen Konjunktur Vorteile ziehen wollen, versteigt sich das Blatt zu folgender Majerei:

„Ja, wenn die Arbeiter dabei nur ihre Lohnverhältnisse verbessern wollten in einer der Marktlage entsprechenden Ausdehnung, hätte niemand etwas dagegen einzuwenden, es handelt sich jetzt aber immer um Machtfragen der sozialdemokratischen Parteileitung, ganz gleichgültig, ob ein ausbrechender Streit den Arbeitern auch wirklich Nutzen oder auch unsagbaren Schaden bringen kann. Hier kann nur die Regierung einmal Wendung schaffen, und am schnellsten würde ein Krieg die Lage ändern. Mit der Mobilmachung tritt das Standrecht in Kraft, und allen Heßern und Schreibern wäre mit einem Male der Mund geklopft. Hinterher ließen sich auch die Gesetze leicht so verschärfen, daß mit dem Humanitätsduffel bei uns auf einmal ausgeräumt wäre.“

Zu dieser unverfrorenen Offenheit haben sich noch nicht einmal die anerkannten Scharfmacherorgane aufgeschwungen.

Ein Versuch zur Wahlentrechtung der Inassen von Heilanstalten.

Der Wahlprüfungskommission des Reichstags lag ein längeres Schreiben des leitenden Arztes der Privat-Heilanstalt Reiboldsgrün und Vorsitzenden des sächsischen Volksheilstätten-Vereins für Lungentrante Hofrat Dr. Felix Wolff vor, der, anscheinend angeregt durch die Reichstagsverhandlungen über den Fall Derksen, die Kommission ersuchte, durch geeignete Schritte künftig zu verhindern, daß Inassen von Lungengeheilanstalten zur Beteiligung an Wahlen zugelassen werden. Als Gründe für seine Stellungnahme führt er das Wohl der Patienten ins Feld; die Kranken bedürften der Ruhe, jede Aufregung sei ihnen schädlich. Seit 1 1/2 Dezennien habe er wiederholt beobachtet, daß sich die Kranken der naheliegenden Volksheilstätte Albertsberg zur Wahl drängten, während die Kranken in Reiboldsgrün „auf ärztliche Mahnung hin gerne auf die Wahlbeteiligung verzichteten“.

Daß neben der Sorge um das Wohl der Patienten den menschenfreundlichen Arzt auch noch andere Gründe zu seinem Vorgehen leiteten, zeigt folgender Passus seines Schreibens:

„Als eine Frage, die nicht ärztlicher Art ist, sei nur die Frage gestellt, ob es denn wohl dem Sinne des Gesetzes entspricht, daß Heilstätteninassen während ihrer kurzen Kur, die jeden Augenblick durch Anordnung des Arztes beendet werden kann, in einem Kreise zu wählen berechtigt sind, dessen Interessen ihnen völlig fremd und gleichgültig sind und mit dem sie nicht durch Arbeitsstätte, Wohnort der Familie, Steuerlast usw. verbunden.“

Daraus spricht doch nur das Bedauern über die Ungültigkeitserklärung des Mandats des konservativen Herrn v. Derksen. Die vorstehenden Aeußerungen beweisen zugleich, daß der Herr Hofrat recht wenig zum objektiven Beurteiler dieser Frage taugt. Sehr interessant ist auch das Zugeständnis, daß die Patienten in Reiboldsgrün auf keine „ärztliche Mahnung“ hin der Wahl fernblieben, besser gesagt, dadurch um ihr Wahlrecht kamen. Darüber dürfte wohl auch der Herr Hofrat nicht im Zweifel sein, daß, wenn von einer Beurlaubung der Patienten zu Wahlzeiten gesprochen werden kann, dies doch nur durch die Agitation vor der Wahl — worüber sie in den Zeitungen lesen — aber nicht durch das Wählen selbst geschehen kann. Im Gegenteil, die Geneigungsjünger mußte es an solchen Tagen schwer niederdrücken, wenn man ihnen das Wahlrecht nehmen und sie damit zu Staatsbürgern 2. Klasse stampeln würde. Das waren wohl auch im wesentlichen die Gründe, die die Mitglieder der Wahlprüfungskommission veranlaßten, über das Schreiben des Herrn Hofrates ohne Diskussion zur Tagesordnung überzugehen.

Der wesentliche Punkt der Tagesordnung war die Prüfung der Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Lafer, der im 5. Wahlkreis des Regierungsbezirkes Gumbinnen mit einer Mehrheit von 52 Stimmen gegen einen Konservativen gewählt wurde. Der konservative Wahlprotest rügt eine Reihe Unregelmäßigkeiten, wie Teilnahme von Armenunterstützungsempfängern an der Wahl, Gewährung von Wein und Schnaps im Wahllokale usw. Die Prüfung wurde noch nicht zu Ende geführt; es kommt voraussichtlich zu einer Beanstandung der Wahl.

Das preussische Abgeordnetenhaus

behandelte am Donnerstag das Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ vom Kultusminister. In der Debatte verlangte u. a. Freiherr v. Sedlitz (rech.) die Verweilung der Schulanfänger und eine bessere Lehrerbildung. Ob es dem konservativen Führer mit dieser Forderung ernst ist, bezweifeln wir; charakteristisch ist es, daß sogar der Kultusminister ihm durch die Blume zu verstehen gab, daß wohl nur die bevorstehenden Wahlen ihn zu seinen Ausführungen veranlaßt hätten. — Abg. Ernst von der Forstpartei wies die Angriffe der Konservativen auf den heiligen Lehrerverein zurück und gab ein Bild von den heillosen Schulzuständen in der Ostmark. — Auch der Pole von Trampczynski nahm sich der unterdrückten Polen an; er wies treffend nach, wie in den polnischen Landesteilen die Volkskräfte politisch mißbraucht wird. — Sa groß-

zügiger Rede entwickelte hierauf Gen. v. v. d. d. ein Bild der traurigen Schulzustände Preußens, die, trotzdem in mancher Beziehung Besserung erreicht sei, doch noch vieles zu wünschen übrig lassen. Durch einen Zwischenruf gab der Abg. Kester nich vom Zentrum zu verstehen, daß das Ideal des Zentrums die einklassige Schule sei. Dieses Zugeständnis wird uns bei den Wahlen im Kampf gegen das bildungsfeindliche Zentrum gute Dienste leisten. — Der Kultusminister hielt es nicht für nötig, auf die Anklagen der Redner der Linken zu erwidern. Er hat das auch nicht nötig, denn die reaktionäre Mehrheit ist auf seiner Seite und sie bewies das dadurch, daß sie, nachdem von dem schwarzblauen Block genügend Redner zum Wort gekommen waren, den noch gemeldeten Rednern der Linken das Wort abschchnitt.

Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

Nach der Mitteilung einer Korrespondenz wird der Ausschuss, der mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs zum neuen Strafgesetzbuch betraut ist, ohne Pause diesen Sommer durcharbeiten. Es wird erwartet, daß der Entwurf bis 15. August oder 1. September fertiggestellt ist, sodas er dann den Bundesregierungen zur Stellungnahme zugehen kann. Die Ausarbeitung des Entwurfs eines Einführungsgesetzes ist für später vorgesehen. In den dann zu diesem Zweck zu bildenden kleinen Ausschuss werden voraussichtlich nicht außerhalb der beteiligten Ministerien stehende Sachgelehrte und Juristen berufen werden, sondern nur Vertreter der beteiligten Dienststellen. Es handelt sich dabei darum, die gesamte Reichsgesetzgebung, soweit es möglich ist, durch Ergänzungen in Einklang mit den neuen Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu bringen.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstags.

Die Kommission stellte in der Donnerstagsitzung den Bericht über die Wahl des Abg. v. Kröcher fest, in dem die Ungültigkeitserklärung dieser Wahl beantragt wird.

Belgien.

Verbote des Generalstreiks. Im Hinblick auf den Generalstreik in Belgien werden bereits große Truppenbewegungen vorgenommen. Die Mannschaften des Jahrgangs 1910 werden, obwohl ihre Dienstzeit beendet ist, unter den Waffen gehalten und 10 Reservejahrgänge der Pioniere werden einberufen, um die streikenden Elektrizitäts- und Gasarbeiter zu ersetzen. In allen größeren Ortschaften der Kohlenreviere und Industriebezirke wird Infanterie und Kavallerie einquartiert. Die Gendarmen der Provinz werden nach Brüssel dirigiert und durch Militär ersetzt. Der Garnison-Zapfenstreich aus Anlaß des Geburtstags des Königs veranlaßte Diensttagabend in Brüssel und in Gent große sozialistische Kundgebungen. Zehntausende Arbeiter begleiteten die Militärkapellen unter Hochrufen auf das Wahlrecht und auf den Generalstreik. In Gent demonstrierten die Soldaten durch Singen von Arbeiterliedern mit. In Brüssel wurde der Zapfenstreich abgebrochen und die Militärkapellen wurden auf halbem Wege zurück in die Kasernen geschickt.

Balkan.

Die friedliche Blockade. Aus amtlicher montenegrinischer Quelle wird mitgeteilt: Der Kommandant der internationalen Flotte in den Gewässern von Antivari, Vizeadmiral Burney, hat dem Gouverneur von Antivari notifiziert, daß von Donnerstag früh 8 Uhr ab die friedliche Blockade von Antivari bis zur Drin-Mündung erklärt sei.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 11. April.

Von einem ihnen „ausgedrungenen Kampfe“ haben die Aussperrer des Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe wieder einmal in einer das Publikum irreführenden Notiz, welche natürlich ihr Blätchen im Lübedischen Amtsblatt findet. Sie stehen das Publikum brünstig an, „daß es sie auch weiterhin in dem schweren Kampfe um einen christlichen Frieden im Malergewerbe nachdrücklich unterstützt und weder auf Feststellung der Arbeiten drängt, noch den kämpfenden Meistern in den Rücken fällt, indem es den wenigen untreuen Kleinmeistern Arbeiten überträgt oder ausgesperrte Gehilfen unter Umgehung des Meisters in eigener Regie anstellt.“ Daß die Aussperrung von dem nachsichtigen Unternehmerverband brutal vom Zaune gebrochen worden ist, daran ändert auch dessen jetziges Gestöhne nichts. Die „wenigen untreuen Kleinmeister“, welche sich mit ihren Gesellen geeinigt haben und damit selbst ein vernichtendes Urteil über die Aussperrung sprechen, sind schon so zahlreich, daß der größte Teil der Malergehilfen jetzt bei ihnen in Arbeit getreten ist. Damit hat aber der Arbeitgeberverband die von ihm angezettelte Schlacht, bei der ihm begreiflicherweise jede Sympathie des einseitigen Publikums fehlte, verloren. Im übrigen verweisen wir auf den Artikel „Der Kampf im Malergewerbe geht weiter“ in der Beilage unserer heutigen Ausgabe.

12. Rechtskräftiges Todesurteil in Sachen des Küstner Morde. Das Reichsgericht verhandelte Donnerstag abermals gegen den Leichnam Hans Landherr, der vom Schwurgericht Lübeck am 6. März ds. Js. wegen Raubmordes zum zweiten Male zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden ist, nachdem es ein früheres Todesurteil desselben Schwurgerichts am 21. Dezember v. Js. auf die Revision des Angeklagten hin wegen prozessualer Verstöße aufgehoben hatte. Nach dem früheren Urteil war L. außerdem wegen Diebstahls und verurteilter Exzesse zu weiteren 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. Der Mitangeklagte Scholze hatte wegen mehrerer gemeinschaftlich mit Landherr begangener schwerer Diebstähle und verurteilter schweren Raubes eine längere Zuchthausstrafe erhalten. Die beiden Angeklagten hatten sich im Herbst v. Js. zur gemeinschaftlichen Verübung von schweren Diebstählen zusammengetan und so u. a. auf einem auf der Elbe liegendem Schiffe einem Schiffer durch Drohung zur Herausgabe seiner Barthaft und seiner Uhr gezwungen. Am 23. September hatten sie dann auf der Landstraße zwischen Lübeck und Travemünde den Drogsifen Kurt Fischer gemeinschaftlich überfallen und beraubt. Landherr allein ist für schuldig befunden worden, Fischer hinterher ermordet zu haben. Gegen das frühere Urteil hatte nur L., wie bereits erwähnt, Revision eingelegt, in der er einen prozessualen Verstoß in der Stellung der den Geschworenen unterbreiteten Fragen rügte. Es war nämlich,

nachdem bereits die Fragen bezüglich der Diebstähle und der Erpressung gestellt waren, als Punkt 8 die Schulfrage bezüglich Wortes in Verbindung mit verurteiltem schweren Raub, begangen durch L., und im Punkt 9 dieselbe Frage bezüglich des Angeklagten Sch. gestellt worden. Die Frage bezüglich des verurteilten schweren Raubes war aber inoffiziell, denn es fehlten die Worte: „durch Gewalt“ und „begangen gegen“. Der Reichsanwalt hielt diese Rüge für durchgreifend. Er beantragte deshalb das Urteil aufzuheben und zwar bezüglich beider Angeklagten, soweit sie wegen versuchten schweren Raubes verurteilt worden sind. Da aber bei L. die Strafe für den versuchten Raub und die Todesstrafe wegen Wortes einbezogen worden war, hatte es damals der Reichsanwalt für notwendig gehalten, mit dieser Aufhebung gleichzeitig die Aufhebung des Todesurteils zu beantragen, im übrigen aber Verwerfung der Revision. Diefem Antrag hatte sich das Reichsgericht angeschlossen. Es hob dann das Urteil auf bezgl. des L. soweit dieser wegen Wortes und versuchten Raubes zum Tode und bezüglich des Sch. soweit dieser wegen versuchten schweren Raubes verurteilt worden ist, sowie bezüglich der ausgesprochenen Ehrenstrafen. In diesem Umfange wurde die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. In der erneuten Verhandlung ist nun dieser Fehler in der Fragestellung vermieden und L. wegen Wortes in Verbindung mit versuchtem schweren Raub zum Tode und Sch. wegen versuchten schweren Raubes zu der früheren Strafe verurteilt worden. Auch gegen das neue Urteil hatte L. allein Revision eingelegt. Diesmal jedoch sah das Reichsgericht in dem Urteil keinerlei Mängel; es erkannte deshalb diesmal auf Verwerfung der Revision und machte somit das Todesurteil rechtskräftig. Nunmehr hat der Senat zu entscheiden, ob das Todesurteil vollstreckt werden soll oder nicht. So schwer und unmenfchlich auch die Tat war, welche von den beiden noch jugendlichen Wegelagerern ausgeführt worden ist, wird hoffentlich der Senat von seinem Begnadigungsgerechtigten Gebrauch machen, denn die Todesstrafe ist ein Ueberbleibsel aus dem schwärzesten Mittelalter und ihr Vorkommen würde wahrlich nicht geeignet sein, das Ansehen unserer kleinen Republik, die sich seit vielen Jahrzehnten nicht mehr der legalen Tötung eines Menschen schuldig gemacht hat, zu heben.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hielt am 8. und 9. April seine Gauleonferenz für Nord-West-Deutschland im hiesigen Gewerkschaftshaus ab. Vertreten waren die Orte, Bergedorf, Braunschweig, Bremerhaven, Bremen, Flensburg, Geesthacht, Hamburg-Altona, Hannover, Harburg, Kiel, Lübeck, Neumünster, Schiffbek, Vegesack, Wandsbek, Wilhelmshaven durch 22 Delegierte. Außerdem waren Kollege Thomas als Gauleiter und Kollege Ströhlinger von der Hauptverwaltung anwesend. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Gauleiters, 2. Lohnbewegung, 3. Arbeitslosenunterstützung, 4. Saison-Agitation, 5. Verbandsangelegenheiten. Ein ausführliches Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Thomas; hieran schlossen sich die Berichte der Delegierten. Ueber den Punkt Lohnbewegung referierte Koll. Traupel-Hamburg. Auch an dieses interessante Referat knüpfte sich eine längere Aussprache der Delegierten an. Ueber die Arbeitslosenunterstützung referierte Koll. R. Ströhlinger von der Hauptverwaltung. In dem großartig angelegten Vortrag beschäftigte sich der Redner namentlich mit der in unserer Organisation am 1. Oktober ds. Js. beginnenden Arbeitslosenunterstützung. In der Diskussion sprachen fast alle Redner im Sinne des Referenten. Zu Punkt „Saison-Agitation“ sprach der Koll. Thomas. Redner wies an der Hand von reichhaltigem Material darauf hin, wie traurig die Zustände für die Kollegenchaft in den einzelnen Badeorten sind. In der Debatte sprachen sich alle Delegierte für eine rege Agitation in den Badeorten aus. Sodann wurden die Anträge der verschiedenen Ortsverwaltungen beraten, dieselben wurden zum Teil angenommen und der Hauptverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen, zum Teil auch abgelehnt. Zum letzten Punkt „Verbandsangelegenheiten“ sprach Koll. Ströhlinger-Berlin. Seine Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Mit einem von allen Delegierten und den als Zuhörer anwesenden Kollegen begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband der Gastwirtsgehilfen schloß der Vorsitzende Koll. Wismann-Hannover die Gauleonferenz am 2. Tage 7 Uhr nachmittags.

p. h. Rederei oder Betriebsunfall? Der minderjährige Arbeiter Fr. war am 2. Januar 1911 im Betriebe des Landwirts W. in Wernstorf zusammen mit dem Arbeiter Sch. beim Anriechen von Hecken beschäftigt. Letzterer als ein Trinker bekannt, hatte sich auch an diesem Tage übernommen und am Nachmittag des Tages zum Schlafen hinter die Hecke in einen Straben gelegt. Als nachmittags gegen 3 Uhr der Landwirt W. kam, um seine Arbeiter zu revidieren, weckte Fr. den Sch., um ihn zur Arbeit anzuhalten. Nachdem der Arbeitgeber fortgegangen, machte Fr. dem Sch. Vorwürfe über sein Verhalten und sein Ansehen, worauf letzterer in Wut geriet und mit dem Knüttel auf den Fr. losging. Fr. lief fort und Sch. warf mit dem Weil nach seinem Mitarbeiter, ihn derart schwer an dem rechten Ellenbogen verlegend, daß Fr. sofort in das Allgemeine Krankenhaus in Lübeck überführt werden mußte. Der rechte Arm blieb auf lange Zeit zu jeglicher Arbeit undbrauhbar. Da die beiden Knechte sonst gute Freunde gewesen waren und Sch. auch wohl seinen Kameraden nicht so schwer treffen wollte, kamen beide dahin überein, den Vorzug zu verschweigen und die Sache so hinzustellen, als wenn Fr. gefallen und sich dabei die Verletzung selbst zugezogen hätte. Der Arbeitgeber machte deshalb den Vorgang als Unfall an, bei der Unfalluntersuchung aber kam die Wahrheit zutage und es wurde gegen die Knechte Klage erhoben, gegen Sch. wegen Körperverletzung und gegen Fr. wegen Beleidigung. Die Strafkammer in Lübeck verurteilte Sch. zu 3 Monaten Gefängnis und Fr. zu 20 Mark Geldstrafe. Die Berufsgenossenschaft aber lehnte die Entschädigung der Unfallfolgen ab und zwar mit der Begründung, daß Fr. nicht durch eine dem Betriebe seines Arbeitgebers eigentümlichen Gefahr verletzt, sondern dadurch, daß er wegen rein persönlicher Verhältnisse mit seinem Mitarbeiter in Streit geriet und dieser im Verlaufe des Streites mit einem Weile nach ihm warf. Derartige Unfälle seien aber nicht als Betriebsunfälle anzusehen. Gegen diesen Bescheid wurde seitens des Arbeiterssekretariats in Lübeck Berufung eingelegt mit der Begründung, daß, da er gezwungen war mit dem als Trinker bekannten Sch. zusammenzuarbeiten, er einer dem Betriebe des W. eigentümlichen Gefahr erliegen sei. Durch das Wecken des Sch. aus dem Schlafe, um ihn zur Arbeit anzuhalten, habe er die Interessen des Betriebes wahrgenommen und die Verletzung des Fr. sei gleichfalls durch eine Einrichtung des Betriebes, nämlich durch das zum Anriechen der Hecken gebrauchte Weile erfolgt. Das Schiedsgericht Schleswig kam jedoch zur Abweisung der Berufung. Es führte in der Begründung des Urteils unter anderem folgendes aus: „Wenn eine solche Verletzung als ein Betriebsunfall angesehen werden soll, so muß sie derart in einem erkennbaren ursächlichen Zusammenhang mit dem Betriebe stehen, daß sowohl die Veranlassung dazu wesentlich in letzterem beruht, wie auch die verletzende Handlung selbst sich noch als ein Ausfluß der Betriebsgefahr stellt. Diese Voraussetzungen treffen in dem vorliegenden Falle nicht zu, denn dem Wurfe des Sch. mit dem Weile ist eine Rederei seitens des Klägers vorausgegangen, welche, wie auch die verletzende Handlung selbst, sich lediglich als ein persönlicher Angriff darstellt und in keine innere Beziehung mit dem Betriebe zu bringen ist. Mit dem Augenblicke, in welchem der Kläger, nachdem er den Sch. zur Nachmittags-

arbeit gewacht hatte, zu einer den Unfall der Zwistigkeit bildenden Rederei überging, kommen die auf diese Zwistigkeit bezug habenden Handlungen der beiden Beteiligten nicht mehr als Betriebsunfall in Betracht und sie können deshalb auch nicht als in den Gefahrenbereich des Betriebes einbezogen angesehen werden.“ Gegen dieses Urteil ergriffen wir das Rechtsmittel des Rekurses und das Reichsversicherungsamt trat, nachdem es noch die Strafakten der Staatsanwaltschaft zu Lübeck zur Verhandlung herbeigezogen hatte, der Begründung des Rekurses bei und verurteilte die Berufsgenossenschaft, den Kläger für die Folgen des am 2. Januar 1911 erlittenen Unfalles zu entschädigen. In der Begründung des Urteils hieß es: „Am Montag, dem 2. Januar 1911, nachmittags, hatte der Kläger seinen stark ange-trunkenen Mitarbeiter, den in seinem Heimatsdorf als Trinker bekannten Sch., gewacht, weil der Arbeitgeber zur Arbeitsstätte kam. Nachdem der Arbeitgeber sich entfernt hatte, neckte der Kläger den Sch. wegen seiner Trunkenheit und seiner blauen Nase. Schumann kam nun auf den Kläger zu und warf diesen, als er fortließ, mit einem Arbeitsweile, wodurch er ihm die Verletzung des rechten Armes zufügte. Das Reichsversicherungsamt hat keine Bedenken getragen, hiernach die Körperverletzung als Betriebsunfall anzusehen, weil sie derart in erkennbarem ursächlichen Zusammenhang mit dem Betriebe steht, daß sowohl die Veranlassung dazu wesentlich in letzterem beruht, als auch die verletzende Handlung sich noch als Ausfluß der Betriebsgefahr infolgedessen darstellt, als die Verletzung durch ein im Betriebe verwendetes Weile hervorgerufen worden ist.“ Nachdem nun die Berufsgenossenschaft dergestalt zur Zahlung einer Rente verurteilt war, erließ sie dem Verletzten einen Bescheid, durch welchen sie ihn ab 4. April 1911 eine Rente von 30 % zubilligte. Hiergegen wurde wiederum Einspruch erhoben, weil diese Rentenbemessung dem Zustand des Fr. keineswegs gerecht wurde. Nunmehr ließ sich die Berufsgenossenschaft herbei, dem Fr. für die Zeit vom 4. April 1911 bis zum 30. Juni 1912 eine Rente von 75 %, von da ab bis zum 30. November 1912 eine solche von 50 % und seit dem 1. Dezember 1912 eine 30%ige Rente zuzubilligen. Nach reichlich zwei Jahren ist es somit gelungen, dem Verletzten zu seinem Recht zu verhelfen.

Zur Nord in Bargtheide. Für die Ermittlung des Mörders der Frau Baumgart hat der Regierungspräsident in Schleswig eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Nach den weiteren Ermittlungen der Altonaer Kriminalpolizei kommt der zuerst genannte Stallschweiger Tiedgen als Täter nicht in Frage. Der Verdacht ist vielmehr auf einen jungen Menschen gelenkt, der am Morgen nach der Tat bei einem Landmann in Nienbortherholm um Wasser und Brot bat und angab, er sei von drei Hamburgern überfallen worden und querselbein gelassen, um sich zu retten. Nachdem er Kaffee getrunken hatte, erklärte er, nach Lübeck weiter gehen zu wollen. Gegen Mittag ist derselbe Mensch bei einem Landmann in den Sülfelder Tannen erschienen und hat um Mittagessen gebeten, auch hier ist er querselbein gekommen und hat erklärt, er sei von 3 Dänen überfallen worden. Der Mensch hat nach den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen einen verstärkten Eindruck gemacht und übermächtig ausgesehen. Er hat die Faust fest vor das linke Auge gehalten. Als er in Nienbortherholm Kaffee trank, haben die Leute bemerkt, daß das linke Augenlid herunterhing, und es schien, als ob das Auge ausgelaufen sei. Der Mensch ist etwa 20 Jahre alt, 1,65 groß, unterseht, von kräftiger Statur, hat bartloses, volles, blaßes Gesicht und zarte weiße Hände; hellblau war er mit schwarzem Gehrock, dunkelgrauer Hose, schwarzem fleisem Hut, langem lilafarbenem Schilps und abgerundetem Stehfragen.

Kontrollversammlungen im Bockenhof. Am Sonnabend, dem 12. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1910, 1911 und 1912 sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie. (Zur Infanterie gehören auch die Maschinengewehr-Kompanien.) Am Sonnabend, dem 12. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahressklassen 1900 und 1901. Zu den Spezialwaffen gehören Jäger, Maschinengewehr-Abteilungen, Kavallerie, Feldartillerie, Fußartillerie, Pioniere, Eisenbahn-, Telegraphen-, Luftschiffer-, Flieger- und Kraftfahrtruppen, Trainaufsichtspersonal, Traingemeins, Trainoldaten, Pferdewärter, Militärbäcker, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenträger, Geistliche, Unter- und Militärärzte, Unteroffiziere, Fähnrichs- und Beschlagschmiede, Waffenmeistergehilfen, Unterzahlmeister, Zahnmeisteraspiranten, Zeug- und Feuerwerkspersonal, Eikoniehändler und Arbeitsoldaten.

Aprilwetter. Es hatte schon den Anschein, als ob im letzten Drittel des Monats März der Frühling mit seinem warmen Sonnenschein endgültig Einzug bei uns gehalten hätte. Auch der Monat April machte zunächst ein sehr freundliches Gesicht, bis er vor einigen Tagen eine um vieles kältere Miene annahm. Darüber sind die ihr grünes Köpfchen herausstreckenden Knospen der Bäume und Sträucher ganz bestürzt geworden und wagen sich gar nicht mehr weiter hervor. Gestern wehte nun von Nordwest ein kühler Wind, der namentlich eine schneidende Schärfe angenommen hat und zeitweilig zarte Schneeflocken mit sich führte. Dabei lacht die Sonne vom Himmel herab, als bereite ihr das wechselreiche Aprilwetter ein aufrichtiges Vergnügen. Hoffentlich behält der Frühling nun bald endgültig die Oberhand.

Unterrichtskurse am Schlachthof. Amtlich wird bekannt gemacht: Am Montag, dem 28. April ds. Js., vormittags 10 Uhr beginnt auf dem hiesigen Schlachthof ein Unterrichtskursus in der Trichinen- und Finnenschau. Die sich anschließende Prüfung findet Mitte Mai ds. Js. statt. Anmeldungen zum Unterricht und zur Prüfung sind unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes, eines Geburtscheines und eines amtlichen Führungszeugnisses bis zum 18. April ds. Js. bei dem Medizinischen Amt einzureichen. — Am Montag, dem 28. April ds. Js., vormittags 10 Uhr, beginnt auf dem hiesigen Schlachthof ein Unterrichtskursus in der Schilachtvieh- und Fleischschau. Die sich anschließende Prüfung findet in der letzten Mittwoch ds. Js. statt. Anmeldungen zum Unterricht und zur Prüfung sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, eines Geburtscheines, eines Gesundheitsattestes und eines behördlichen Führungszeugnisses bis zum 18. April ds. Js. beim Rat Dr. Linde einzureichen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinischen Amt im Monat März in 137 Fällen gemeldet. Davon betrafen 82 Fälle (5 davon tödlich verlaufen) Malaria, 26 (2 tödlich) Diphtherie, 26 (1 tödlich) Scharlach, 2 (1 tödlich) Typhus, 1 Granulose.

pb. Diebstahl. Vom Jahr einer an der Beckergarbe belegenen Wirtschaft sind am 10. ds. Mts. zwei kleine Wertgegenstände, gezeichnet W. Meyer, Engelsgrube Nr. 52, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — In der Nacht vom 10./11. ds. Mts. sind in Segeberg mittels Einbruchs 36 silberne Damenuhren gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Es sei nochmals auf die Sonntag-Nachmittag-Vorstellung von Stimm-

thal und Kadelburgs Lustspiel „Im weißen Rössl“ hingewiesen. Blöße zum Einheitspreis von 50 Pf. — Da: 10 Pf. für Garderobe — können Freitag und Sonnabend von 8—9 Uhr abends an der Theaterkasse ausgelost werden. Am Sonntag abend verabschiedet sich mit seinem zweiten Gastspiel Karl Erb als Rudolf in Puccinis „La Bohème“. Sonnabend: „Agnes Bernauer“. Montag: „Die lustigen Weiber von Windsor“. In Vorbereitung befindet sich außer der Gefangenspoße „Große Rosinen“ von Bernauer und Schaner, mit Musik von Bretschneider und Kollo, Subermanns packende Tragödiendichtung „Der Bettler von Syrakus“, die in zahlreichen Aufführungen über fast alle bedeutenden Bühnen gegangen ist und die sicher auch hier größeres Interesse finden wird.

Schluß. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet am Sonnabend, 12. April, von 5 bis 7 1/2 Uhr nachmittags, im Lokale des Herrn Eaborowski, „Gasthof zur Linde“, statt.

w. Mts. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Sonntag, dem 13. ds., nachmittags 4 Uhr, soll außer der Mafeler, Abrechnung auch zur Landtagswahl Stellung genommen werden. Genossen, erscheint deshalb alle in dieser Versammlung. Die Wählerliste zur Landtagswahl kann eingesehen werden.

Kiel. Mit den Tarifverhandlungen im Baugewerbe beschäftigten sich die Versammlungen des Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes. In beiden Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, in denen es heißt: Die von Arbeitgeberseite gebotene Lohn-erhöhung von 2 Pf. ab 1. April 1914 können die Versammelten als einen Ausgleich für die enorm verteuerte Lebenshaltung nicht anerkennen, sie müssen auch jede Verschlechterung des bisherigen Vertrages, die durch die Anträge der Arbeitgeber zum Vertragsmuster herbeigeführt werden soll, strikte ablehnen. Die Versammelten erwarten bestimmt, daß die Lohnkommission an der Lohnforderung von 4 Pf. pro Stunde für die Vertragsdauer unbedingt festhält.

Renfretzig. Verbrannt. In dem Hause der Witwe Koht in Tribbes brach in der Nacht ein Feuer aus. Die Bewohner konnten kaum das nackte Leben retten. Die in dem oberen Stockwerk wohnende hochbetagte, geistlichschwache Frau Osten, in deren Zimmer das Feuer entstanden sein soll, hat den Tod in den Flammen gefunden.

Schwerin. Lieb' Mecklenburg, magst ruhig sein! Als Schwerin wird berichtet, die mecklenburgische Regierung habe beim Bundesrat angefragt, ob auf Ansuchen von ihm eine Regelung der mecklenburgischen Verfassungswirren zu erwarten sei. Der Bundesrat habe diese Frage verneint. Hiernach beschränke die Regierung ihre reformerische Tätigkeit darauf, die Landchaft, d. h. die Bürgermeisterei im Sinne der Ritterschaft zu bearbeiten. Dabei wird so gut wie nichts herauskommen.

Hamburg. An die Arbeiter in Kunstdünger-Fabriken. Seit sieben Wochen stehen etwa 300 Arbeiter der Anglo-Continental (vorm. Ohlenborische Guano-Werke) in Hamburg im Streik, um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Firma versuchte mit Berufskreislöchern den Betrieb aufrecht zu erhalten. Das ist misslungen. Jetzt werden unter falschen Vorpiegelungen in anderen Kunstdüngerfabriken eingearbeitete Leute für eine „chemische Fabrik in Hamburg“ — das ist der Betrieb der Anglo-Continental — gesucht. Die Arbeiter in den Superphosphat-, Schwefelsäure- und Kunstdüngerfabriken werden dringend um Fernhaltung des Zugangs gebeten.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch beschlossen, die Stelle des Oberbaudirektors nicht wieder zu besetzen. Der bisherige Oberbaudirektor Bücking, der in den Ruhestand getreten ist, hat verschiedentlich großes Bedacht (Einsparung der Wehranlagen usw.), weshalb man es für richtig hielt, die einzelnen Baudirektoren selbständiger arbeiten zu lassen. Genosse Rose sprach sich gegen die Neubefetzung dieses überflüssigen Postens aus. — Eine Neugeistalt in der Kadetzerei in Armeepflege will die Armenbehörde durchführen. Genosse Blome kritisierte die Vorgänge, weil sie die Anstellung von noch mehr Beamten als bisher in der Armeepflege vorsehe. Die Armen würden dadurch geschädigt, denn die Angestellten wären sehr leicht geneigt, wenn man von der Behörde auf Sparsamkeit dränge, diesen Wünschen nachzukommen. Erst müsse über das am 1. April in Tätigkeit getretene Jugendamt berichtet werden, dann kann über eine Neugeistaltung der Armeepflege gesprochen werden. Unser Redner unterstützte den Antrag auf Vertagung. Herr Senator Feuß widersprach dem Gegner der Vorlage, erklarte aber eine platte Absage. Nun bleibt es vorläufig, wie es war, beim sogenannten Elberfelder System. — Die ungeteilte Schulzeit hat die Schuldeputation probeweise in sechs Volksschulen eingeführt. Neben vielen Anhängern gibt es manche Gegner derselben. Die ungeteilte Schulzeit ist schon in mehreren Städten zur Durchführung gekommen und sind günstige Resultate ergiebt worden. Die Eltern wurden befragt und es haben sich etwa 3000 dafür und noch nicht einmal 200 dagegen ausgesprochen. Genosse Rhein sprach sich für die ungeteilte Schulzeit aus.

Aus dem Gerichtssaal.

Spielerprozess. In einem Spielerprozess in Berlin wurde der Angeklagte Stallmann zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wovon 9 Monate als verbüßt erachtet wurden. Der Angeklagte Kramer wurde zu drei Jahren Gefängnis, der Angeklagte Niemeis wurde freigesprochen.

Appetitwärtigen. Liebliche Wurstseigeheimnisse sind in einem Urteil des Landgerichts Augsburg festgestellt worden. Es ist nachgewiesen, daß im Schlachthofe die weiblichen Geschlechtsstücke der Schweine nicht, wie anderwärts, beseitigt und sofort vernichtet werden, sondern sie werden mit nach Hause genommen und verwertet. Der wegen Nahrungsmittelfälschung angeklagte Metzgermeister Friedl hat seit fünf Jahren mangelhafte geringste Geschlechtsstücke zur Herstellung von Leberwürsten verwendet. Er wurde zu einhundert Mark Geldstrafe verurteilt. Und die anderen Kollegen vom Schlachthof?

Briefkasten.

Mehrere Streitende. Während der Zolldebatte im Jahre 1902 hielt Genosse Knick im Reichstage eine achtstündige Rede.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK

HOLSTENSTR.

☐ Für je 20 Pfg. ☐
☐ Ihres Einkaufs ☐

eine Rabattmarke.

(3012)

Außergewöhnlich vorteilhafte Angebote.

Damen-Konfektion

Wir kauften in Berlin große Posten Damen-Konfektion in regulärer schöner Ware, welche infolge der flauen Geschäftslage der Bekleidungs-Industrie uns **enorm billig** :: :: :: zugeschlagen wurden. :: :: ::

Wir offerieren:

Blaue Frühjahrs-Paletots Regulärer Preis 21.00 bis 24.00 **8⁷⁵**
modernster Machart Enorm billig 12.50 u.

Blaue Paletots mit Froitekragen- Regulärer Preis 28.00 bis 36.00 **15⁷⁵**
Garnitur elegantester Ausführung Enorm billig

Entzückende Mädchen- und Backfisch-Kostüme

aus feinstem blauen Kaschmir und Twill, mit gesticktem Bulgarenkragen und anderen modernen Fantasie-Garnituren. Jackett auf Seide gearbeitet.

Regulärer Preis 36.00 bis 45.00 Enorm billig **28⁰⁰ 24⁰⁰ 18⁵⁰ 14⁵⁰**

Junger Kopfsalat Kopf 12⁵
Hiesiger Rhabarber 2 Bund 15⁵
Salat-Gurken Stück 35⁵
Blumenkohl Kopf 25⁵ 20⁵
Radieschen 2 Bund 15⁵
Rotkohl Kopf 20⁵ 15⁵ 10⁵

Landlieberwurst . . . Pfd. 60 ⁵	Zucker, gemahlen . . Pfd. 21 ⁵
Blutwurst Pfd. 60 ⁵	Sago Pfd. 30 ⁵
Sülze Pfd. 70 ⁵	Reismehl Pfd. 20 ⁵
Knohlauchwurst . . Pfd. 80 ⁵	Backobst Pfd. 45 ⁵
Saure Sülze Pfd. 80 ⁵	Ringäpfel Pfd. 45 ⁵
Schweinebraten . . . Pfd. 2.00	Rangoon-Reis Pfd. 20 ⁵
Gekochter Schinken . Pfd. 2.00	Graupen Pfd. 20 ⁵
Emmentaler Schweiz. Pfd. 1.00	Weizenmehl Pfd. 17 ⁵
Bayer. Bierkäse . . . Pfd. 75 ⁵	Blockschokolade . . Block 58 ⁵
Holländ. Rahmkäse . Pfd. 1.00	Soda 3 Pfd. 10 ⁵
Tilsiter Vollfettkäse . Pfd. 90 ⁵	Grüne Seife Pfd. 22 ⁵
Tilsiter Käse, pikant . Pfd. 45 ⁵	Kochseife Stück 18 ⁵
Gambert-Käse Schachtel 18 ⁵	Seifenpulver Paket 10 ⁵
Roquefort-Käse . . . Pfd. 1.80	Bleichsoda Paket 9 ⁵

Ia. junges Rindfleisch Pfund 75⁵
Bratenstücke . . . Pfund 80⁵ u. 90⁵

Ia. junges Schweinefleisch . . . Pfund 80⁵
Bratenstücke . . . Pfund 90⁵

Ia. junges Kalbfleisch Pfund 65⁵
Bratenstücke . . . Pfund 80⁵

Empfehle mein großes Lager in
Fahrrädern und Nähmaschinen
zu außerst billigen Preisen. (3013)

Schläuche und Mäntel in jeder Preislage.
Sämtliche Reparaturen an Fahrrädern und Näh-
maschinen werden gut und billig ausgeführt.

Th. Vedder, Friedenstraße 1.

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
Ermäßigter
Eckmehl-Buntekuh.

Gemüse u. Früchte in Dosen

1 Pfd. Erbsen 50, 55, 60 ⁵	4 Pfd. Spinaus 150, 10 Pfd. 3.00
2 55, 90 u. 100 ⁵	2 Zwetschen ohne Steine 60 ⁵
1 25 u. 35 ⁵	2 m. St. 60, 10 Pfd. 2.75 ⁵
2 45 u. 60 ⁵	2 Pfd. Mirabellen 80 ⁵
4 110 ⁵	4 Pfd. Mirabellen 150 ⁵
2 gem. Gemüse 65 ⁵	10 Sauerkraut 350 ⁵
2 Pfd. Spinat 50 u. 55 ⁵	2 Heidelbeeren 80 ⁵
1 Spinat 30 ⁵	2 Melange 125 ⁵
1 Karotten 22 ⁵	5 Kronenbeeren 150, 10 330 ⁵
2 Karotten 23 ⁵	
2 Erbsen mit Karotten 60 ⁵	
2 Pfd. Sellerie in Scheib. 60 ⁵	
2 Pfefferlinge 75 ⁵	
2 Wackbohnen 44 ⁵	
2 Brechbohnen 33 ⁵	
4 Brechbohnen 60 ⁵	
2 Schnittbohnen 33 ⁵	
4 Schnittbohnen 60 ⁵	

Eduard Speck
Huxstraße 80-82. (3025)

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorräthig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Lübeck-Rabattmarken.

Gelegenheitskauf!
Ein großer Posten gestreifte Barchent-Arbeiter-Hemden

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
statt 125 ⁵	statt 135 ⁵	statt 155 ⁵	statt 220 ⁵
nur 88 ⁵	nur 95 ⁵	nur 120 ⁵	nur 165 ⁵

Ein großer Posten
Normal-Hemden- u. -Hosen

Serie I	Serie II	Serie III
125 ⁵	165 ⁵	195 ⁵

nur solange der Vorrat reicht!

Markmann & Meyer.
Breite Straße 44-46. 2983

Auf Kredit

Sie erhalten bei mir in allergrößter Auswahl zu billigen Preisen bei ganz kleinen Anzahlungen: 3018

Anzüge	Möbel
1 Anzug 20 ^{AL} Anzahlung 4 ^{AL}	1 Zimmer Anzahlung 10 ^{AL}
1 Anzug 26 ^{AL} Anzahlung 7 ^{AL}	2 Zimmer Anzahlung 20 ^{AL}
1 Anzug 35 ^{AL} Anzahlung 9 ^{AL}	4 Zimmer Anzahlung 30 ^{AL}
Damen-Paletots, Blusen Kostüm-Röcke.	Betten Kinderwagen.

H. Kesten
Holstenstrasse 17, I.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bäckerei auf billigste Weise (40 Pl. im Monat) vermehren will, trete dem Ende 1911 bereits 93 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von **nur M 4.80**

(denn im Buchhandel 20 Pl. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur und Kunst

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, h. Vorträgen, Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller, im Jahre 1912: Gibson-Günther, Was ist Elektrizität?; Dornemann, Wie unser Weltbild entstand; Dr. Fiewerke, Kriechtiere u. Larven fremder Länder; Prof. Dr. Wenzl, Die Urgesellschaft u. ihre Lebensform; Dr. Kösch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine, sende uns die Karte des „Kosmos“, Stuttgart, Probehefte und Prospekte postfrei!

Die Wehrevorlage vor dem Reichstag.

136. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundestratstisch: Bethmann-Hollweg, Kühn, Dr. Delbrück.

Erklärungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Bayerischer Militärbevollmächtigter **W e n n i n g e r**: Es hätte ihm völlig ferngelegen, der Ehre des Abg. Häusler in seiner Stellung außerhalb des Hauses irgendwie nahezutreten. **Dr. Spahn** (3.): Die Wahrung der Ehre des Hauses und der Abgeordneten ist Sache des Präsidenten. General Wenninger hat gestern den Abg. Häusler nach seiner Stellung im Privatleben bezeichnet, und als der Präsident dies als ungewöhnlich bezeichnete, hat er ihn als Abgeordneten bezeichnet und gemeint, er habe die Bezeichnung „General“ aus eigener Wohlstandigkeit gebraucht, und es sei ihm nunmehr angenehm, diese Bezeichnung nicht mehr brauchen zu dürfen. Darin liegt eine Mißachtung des Abgeordneten. Ich bitte den Präsidenten, das Stenogramm einzusehen und sich darüber schlüssig zu werden, ob er diese Bemerkung, wenn sie von einem Abgeordneten gegen einen anderen Abgeordneten gebraucht worden wäre, hätte hingehen lassen.

Vizepräsident **D o v e**: Ich habe gestern angenommen, daß der Ausdruck „Wohlstandigkeit“ nicht in beleidigender Absicht gebraucht worden ist, denn daß der Ausdruck „Abgeordneter“ für einen Abgeordneten der Wohlstandigkeit ist, darüber dürfte im Hause wohl kein Zweifel sein. (Große Heiterkeit.) Klar ist mir nicht geworden, daß gestern etwa gesagt sein sollte, mit dem Ausdruck „General“ würde eine Bezeichnung gegeben, den der Herr Bundesratsvertreter nicht mehr zu brauchen vorzöge, weil darin etwas Ehrendes für den Abg. Häusler liege. Nach der ebengehörten Erklärung halte ich diese Ansicht für nicht begründet. Es wäre aber wünschenswert, wenn sich der Herr Bundesratsvertreter nochmals ausdrücklich erklärte.

Bayerischer Militärbevollmächtigter **W e n n i n g e r**: Ich bin auf Wunsch des Herrn Präsidenten sehr gern bereit, zu erklären, daß die Entschuldigung, die ich hier vorgebracht habe, und die wohl im ganzen Hause als durchaus loyal empfunden wurde, (Zustimmung) auch diesen Fall mit einbeziehen hat.

Die Deckungsvorlage.

Zweiter Tag.

Dr. Südekum (SD): Zunächst einige kurze Bemerkungen zu den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Er hat sich über Mißverständnis beklagt und erklärt, er hätte einen etwaigen Kampf des Slaventums und Germanentums nicht in den Kreis seiner Erörterungen gezogen. Da scheint er seine eigene Rede vom 7. April nicht mehr genau im Gedächtnis gehabt zu haben. Aus ihr ergibt sich klar, daß der Reichskanzler unter vollständiger Verkennung der Tatsache, daß Österreich zu drei Vierteln ein slavischer Staat ist, von der Möglichkeit eines Kampfes zwischen Slaven und Germanen gesprochen hat. Wir empfinden Genugtuung über den reinen Eifer und erkennen gern an, daß er seinen Irrtum revidiert hat; vielleicht wird ihm das auch zu einer Revision seiner preußischen Außenpolitik führen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichskanzler bemühte sich gestern um den Nachweis, daß die Deckungsvorlage sich in das System unserer Reichsfinanzen einfüge, und daß die geforderten Wehrbeiträge vom Volke wohl aufgebracht werden könnten, zumal der größte Teil durch Besitzsteuern gedeckt werden solle. Der erste Teil dieses Beweises konnte gar nicht geleistet werden, denn daß sich das Sammelurium von Steuervorschlägen nicht in den Rahmen unserer Finanzen einfügt, darüber kann gar kein Zweifel sein. Aber die Vorlagen sind auch durchaus nicht so der Leistungsfähigkeit des Volkes angepaßt, wie ihr Schöpfer uns glauben machen will. Gewiß ist auch die Lebenshaltung weiter Kreise des Volkes gestiegen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn es nicht so wäre, wenn der jahrzehntelange Kampf der Gewerkschaften es nicht erreicht hätte, daß auch Schichten der Arbeiter an dem Aufstieg teilgenommen hätten. Aber die Steigerung des Besitzes und Einkommens ist so ungleich gewesen, daß die eigentliche Armut nicht abgenommen, wenn nicht gar zugenommen hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Größer als je zuvor ist der Abstand zwischen Reichtum und Armut geworden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weit über 90 % der Bevölkerung verfügt nur über ein Einkommen, das zur Lebensfristung gerade ausreicht, zur Führung eines Kulturlebens aber völlig ungenügend ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Armenverhältnisse deutscher Städte über 50 000 Einwohner und die Berichte der Armenämter enthüllen eine Fülle von Elend, von dem der Blick sich schauernd abwendet. Eine Enquete in Frankfurt a. M. hat vor wenigen Monaten ergeben, daß auch gelernte Arbeiter mit zahlreicher Familie die öffentliche Armenpflege in Anspruch nehmen müssen. Nicht abgenommen hat die Kinderarbeit und zugenommen in einem alles Denkbare übersteigenden Maße die Frauenarbeit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und wenn mit einem gewissen Rechte gesagt werden kann, daß der Militärdienst zur Volksgesundheit beiträgt, so spricht das über unsere Zustände das denkbar härteste Urteil aus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Aufzehrung von Lebenskraft und Lebensfähigkeit durch verfrühte Berufsarbeit, mangelnde Pflege, ungenügende Nahrung, ist so stark, daß alle unbefangenen Beobachter einen Verfall unseres Volkes glauben bezüchten zu müssen, nicht aus Luxus und Wohlleben, sondern weil durch ungenügende Löhne, schlechte Behausung und namentlich durch unzweckmäßige und ungenügende Ernährung infolge unserer Zollsystems die körperliche Ausbildung nicht so ist, wie sie sein müßte, um den größten Grad von Leistungsfähigkeit auch unter dem Gesichtswinkel der Vaterlandsverteidigung zu erzielen. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Greifen wir einmal die Bergarbeiter heraus. Unter dem Kohlenyndikat sind die Kohlenpreise außerordentlich gestiegen, und damit auch die Gewinne. Von 1909 bis 1912 haben 37 Ruhrzechen ihren Profit von 125 auf 196 Millionen Mark gesteigert. Die Löhne der Bergarbeiter sind dagegen in den Jahren 1907 bis 1912 in Preußen im Durchschnitt von 3,73 auf 4,9, also um 36 Pf. oder 9,6 % gestiegen. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei hat sich die Lebenshaltung seit 1907 um mindestens 20 % verteuert. Gegen 1896 ist der Wert der Leistung - des Bergarbeiters um 650 Mark im Jahre gestiegen, der Lohn aber nur um 411 Mark. Die Differenz von 210 Mark hat die Werte, die es in Deutschland zu schätzen gibt, ungeheuer erhöht, und damit nach dem Reichskanzler die Gefahr für gewisse Kreise durch Luxus und Wohlleben zu degenerieren. Der Schaden einer solch ungerechten Verteilung des Einkommens arbeiten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie entgegen. Unter ihren Gegnern befinden sich aber nicht

nur die Unternehmer, von denen man es begreifen kann, sondern gerade auch die Vertreter der Staatsgewalt, die so der Emporentwicklung des Volkes die schwersten Hindernisse bereiten. Man sagt, Preußen müsse doch gut verwaltet werden, weil hier sozial Ordnung herrsche. Aber mit einer gewissen äußerlichen Ordnung verträgt sich sehr gut jener gerade in Preußen hervortretende Geist hinterlistiger Beeinträchtigung der Minderbemittelten. (Lebh. Zust. bei den Soz.; Zuruf rechts: Unerhört!) Im großen und ganzen wird die Heeresvorlage wohl eine Mehrheit hier finden. Manche Abänderungen sind wohl möglich; namentlich wird das gestrige Programm des Abg. Häusler doch wohl auch dem Zentrum Gelegenheit geben, Ersparnisse durchzuführen. (Heiterkeit bei den Soz.) Man sagt bei der gespannten Lage seien tiefgreifende Reformen im Heerwesen jetzt nicht möglich, nun, Scharnhorst und Bogen haben unter ganz anders gespannten Verhältnissen das Heer reformiert. Einmal muß man doch die Gestaltung des Heerwesens den geänderten gesellschaftlichen Zuständen anpassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wollen Sie warten, bis wieder ein Zena über Deutschland kommt und dann die Reformen von anderen vornehmen lassen? (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sagt, unsere Reformvorschlüsse seien von der Vaterlandsfeindlichkeit eingegeben. Die Marwitzens von damals haben die Scharnhorst und Bogen gerade so Vaterlandsfeinde genannt, wie Sie uns so zu nennen pflegen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Annahme der Heeresvorlage muß unsere Entschlüsse in bezug auf die Deckung tiefgreifend beeinflussen. Ein hoher Staatsbeamter sagte gelegentlich zu mir, so gut wie dieser habe der Sozialdemokratie wohl noch nie ein Deckungsvorschlag gefallen. Das ist in gewissem Sinne durchaus richtig. Wir haben auch gar keine Veranlassung, das zu leugnen, im Gegenteil, wir wollen die Kunde davon bis in die letzte Hütte Deutschlands tragen, daß die Gestaltung der Deckungsvorlage deutlich den Einfluß der 110 Sozialdemokraten im Reichstag und ihrer 1/2 Millionen Wähler erkennen läßt. Wir wollen es erst einmal auf unser Konto gutschreiben, daß zum erstenmal in der Finanzgeschichte des Reiches wenigstens der Versuch gemacht wird, zu Rüstungszwecken auch den Besitz heranzuziehen. Das ist ein Zugeständnis von nicht zu überschätzender Bedeutung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und wenn die Heranziehung des Besitzes jetzt durchaus nicht genügend erscheint, dann ergibt sich der einfache Schluß, daß noch nicht genug Sozialdemokraten für den Heeresbeitrag und sehr gut! bei den Soz.) und daß das Volk bei nächster Gelegenheit das Versäumte nachholen muß. Einer Auflösung können wir mit der größten Ruhe entgegengehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sehr viel war die Rede in letzter Zeit von der Ausschaltung der Sozialdemokratie. In einem Artikel im „Tag“ hat Herr Erzberger sogar in dunkelste Zahlenmystik verloren und von der Zahl 13 gesprochen, die ganz besonders geeignet sei, alle bürgerlichen Parteien zusammenzuführen. Die Weisheit alter Weiber hat schon längst herausgefunden, daß von 13, die miteinander zu Tisch sitzen, immer einer zuerst sterben muß. (Seiterkeit.) Wenn nun unter dem Glückstrahl der Zahl 13 der bürgerliche Liberalismus eingeladen wird zu jeder beliebigen Mahlzeit namentlich mit den Herren vom Zentrum, dann brauche ich wohl nicht erst zu sagen, wer da zuerst sterben würde. Auch der Reichskanzler ist nicht frei von dem Gefühl, die Sozialdemokratie auszuschalten. So war es nicht immer. Bei der Verabschiedung der Verfassung von Schah-Verträgen konnte er unsere Stimmen sehr gut gebrauchen. Schon die Geheimkonferenz, die Anfang März von ihm veranstaltet wurde, zeigt sein Gefühl, es diesmal ohne uns zu machen. Wir fühlen uns durchaus nicht etwa gekränkt oder zurückgesetzt, weil wir nicht eingeladen sind, aber hat sich denn nicht ein einziger von den Herren Liberalen einmal gesagt, daß er nicht uns, sondern seinem Liberalismus den Hinweis darauf schuldig gewesen wäre, daß Verträge, die stärkste Partei des Reichstags zu hinterlassen, lächerlich und unklug sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Lächerlich, weil die Tatsache der Ausschaltung allein schon beweist, daß sich die Erörterungen im Grunde genommen doch nur um die ausgeschaltete Partei gedreht haben. Wo zwei Politiker bei einander sind, da sind wir Sozialdemokraten mitten unter ihnen. (Heiterkeit bei den Soz.) Ja, ich glaube, ganz empfindsame Gemüter von den Herren namentlich auf der äußersten Rechten beschäftigten sich auch noch in der Nacht mit uns. (Heiterkeit. Graf Westarp: Da haben wir besseres zu tun! Stürmische Heiterkeit.) Den besten Beweis dafür, daß es mit unserer Ausschaltung nichts gewesen ist, liefert die Vorlage selber. Sollte die Sozialdemokratie nur bei der Abstimmung ausgeschaltet werden - nun, den Schmerz, eine Steuer nicht bewilligen zu müssen, würde sie wahrscheinlich auch noch ertragen. Aber das soll uns nicht hindern, zu betonen, daß die Sozialdemokratie fest entschlossen ist, die Lasten der Heeresvermehrung auf die Schultern der Besitzenden zu legen, sowie wir es in unserem internationalen Manifest vom 1. März 1913 deutlich ausgesprochen haben. Wenn uns unser Kampf gegen die Heeresvorlage, den wir nicht führen, weil wir Volksfeinde wären, die das Vaterland wehrlos machen wollten, sondern weil wir das jetzige System des Heerwesens für falsch halten, nicht gelingt, dann wollen wir wenigstens dafür sorgen, daß die Lasten dieser Vorlage auf die Schultern der Besitzenden gelegt werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Wohl entspricht die Vorlage keineswegs unseren Wünschen, aber anders sieht sie doch aus, wie die von 1908/09. Damals war all unser Widerstand vergeblich. Bier, Tabak, Kaffee, Leuchtmittel usw. wurden besteuert. Der bloße Gedanke einer Besitzsteuer rief auf der Rechten Wutausbrüche hervor. Damals zwangen die Triarier seiner Majestät aus Furcht vor der Besitzsteuer den ersten Vertrauensmann der Krone zur fluchtartigen Preisgabe seines Amtes. Damals kündigte Herr v. Oldenburg an, er werde es jedenfalls wieder so machen, damit nicht der aus dem demokratischen Wahlrecht hervorgegangene Reichstag je die Verfügung über das Fortemonaire der Besitzenden erhalte. Was hat den Wandel herbeigeführt, namentlich beim Reichskanzler, der sein Amt nicht hätte annehmen können, wenn er nicht auf dem Standpunkte der damaligen Mehrheit gestanden. Wie hätte er, der Gehilfe Bülow's, dies Amt annehmen können, das Bülow auf ihr Scheitern verließ, wenn er nicht anderen Sinnes geworden wäre? Was hat nun diesen neuen Wandel bewirkt, was den Gedanken - wahrscheinlich doch auch schon seit November 1912 (Heiterkeit) - emporkommen lassen, nunmehr wenigstens den Versuch einer Besitzsteuer zu machen. Ja, das waren eben die Wahlen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sagt, die Vorlage beweise den Opfermut der Reichen. Bisher hat sich ja dieser Opfermut in der deutschen Finanzgeschichte noch

nicht offenbart. Wie steht es denn mit den freiwilligen Beiträgen, die der Reichskanzler von 100 Mk an dankend in Empfang nehmen wollte? Wenn es in der Begründung heißt, daß es nicht unbillig erscheine, auch die Reichen zum Schutze dessen, was sie besitzen, heranzuziehen, so entspricht das ganz unseren Anschauungen. Wir werden nicht verfehlen, diese schöne Stelle aus der Begründung in unserer Agitation auszunutzen. Wir haben in den letzten Jahren Hochkonjunktur gehabt, aber es mehren sich die Zeichen, daß sie sich ihrem Ende zuneigt. Dank der vom Kriegsminister so unzweideutig zugegebenen Unfähigkeit unserer Diplomatie sind wir ja seit Jahren nicht mehr aus der Unsicherheit herausgekommen. Auf dem Geldmarkt haben sich kaum noch erträgliche Zustände entwickelt. Ein Großindustrieller, der 7000 Arbeiter beschäftigt, sagte mir, daß ihm heute die Aufbringung der wöchentlichen Lohnsumme von 2- bis 3000 Mk. mehr Kopferbrechen mache, als vor einigen Jahren die Aufbringung einer Obligationsanleihe von Millionen. (Hört, hört!) Die einmaligen Ausgaben beziffern sich auf 1055 Millionen Mk. Den bündigen Beweis der Notwendigkeit so hoher Aufwendungen ist die Regierung schuldig geblieben. Auffallen muß das vollkommene Fehlen eines Finanzplanes über 1915 hinaus. Die kolossalen Lasten der Heeresvermehrung lassen sich nicht im wesentlichen auf die Zolleinnahmen aufbauen, weil niemand die Gestaltung unserer Zölle beim Wiederabschluss der Handelsverträge voraussehen kann. Dafür ist das Kräfteverhältnis der politischen Parteien entscheidend. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die öffentliche Meinung wird so erstarren, daß sie die Zollmauern unwirkt, die heute Habacht und Erwerbstrieb um das Deutsche Reich herumgelegt haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir müssen den Finanzplan über 1915 hinaus aufstellen, sonst stehen wir 1916 wieder vor der Notwendigkeit einer großen Finanzreform. Nur die Einführung direkter Reichssteuern, vorzugsweise der Ausbau der Reichserbschaftsteuer, kann dem voranben. Die Geschichte unseres deutschen Reichsfinanzwesens ist die Geschichte gebrochener Versprechen, aber durch alle Experimente zieht sich doch der große Gedanke der Einführung direkter Reichssteuern. Diese Bestrebungen fanden ihre Krönung in dem Beschluß der Reichstagsmehrheit vom 14. Juni 1912 über die Einführung einer Besitzsteuer. Der Reichsschatzsekretär hat gestern zugestanden, daß die jetzige Vorlage nicht als eine Erledigung des Besitzsteuerantrages von 1912 anzusehen sei. Der Beschluß des Reichstages deucht also weiter. Ihm ist der Bundesrat beigetreten, und ich hatte des Augenblicks, wo die Regierungen uns die Besitzsteuer vorlegen werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Schatzsekretär hat auch zugegeben, daß man auf gewissen Seiten des Hauses den Wehrbeitrag als eine Art Abfindung, als ein Loszahlungsgeld von der Besitzsteuer, ansieht. Wenn jetzt der Wehrbeitrag erhoben werde, könnten natürlich auf die wunden Schultern der Besitzenden nicht neue Lasten gelegt werden. Nein, so haben wir nicht gewettet. (Sehr gut! bei den Soz.) Das war nicht die Ansicht der Mehrheit von 1912, und ich warte ab, ob auch nur ein Teil dieser Mehrheit wagen kann, von dem damaligen Beschluß abzubrechen. Die Deckungsvorlagen werden nicht verabschiedet werden, es sei denn, daß sie ergänzt sind durch die Einfügung einer direkten Besteuerung des Besitzes in Form einer Erbschaftsteuer in erster Linie oder einer Reichsvermögens- und Einkommensteuer. Den Grundgedanken des Wehrbeitrages hat man lange Zeit dem Reichskanzler zugezögert. Andere wieder sagten, der Vater aller Pflücklichkeiten sei auch der Vater dieser Pflücklichkeit. (Heiterkeit.) Gestern hat nun der Schatzsekretär gesagt, er selber habe den Plan aussfindig gemacht. Jedenfalls haben seine Verfassers mit großem Eifer die Akten des Reichstages studiert. Denn schon am 2. Dezember 1907 wurde hier eine Reichsvermögenssteuer vorgeschlagen, die immer nur dann erhoben werden sollte, wenn eine neue Militär- oder Marinevorlage zu finanzieren sei. Die Kreise, die gar nicht genug Schiffe und Kanonen bekommen könnten, könnten ja auch das Recht erhalten, diese Auflage jedesmal doppelt zu bezahlen, damit ihr überhäufender Patriotismus auf dem Altar des Vaterlandes auch einmal andere Opfer bringen könne, als Opfer der großen Worte. Und noch am 20. Februar 1912 wurde wieder eine Kontribution auf die Einkommen von 6000 Mk. und die Vermögen von 100 000 Mk. an vorgeschlagen. Aber all das hat nicht der Reichskanzler oder der Schatzsekretär, sondern mein Freund David gesagt. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Bei genauerem Zusehen entpuppt sich also der Gedanke des Wehrbeitrages als ein lauberes, feiner, netter Gedanke, der der Sozialdemokratie seinen Ursprung verdankt. (Sehr gut! bei den Soz.) Sie werden danach begreifen, daß uns diese Vorlage durchaus nicht un sympathisch ist. Daß der Anleihenweg nicht zu beschreiten ist, weil er zu einem schrecklichen Jiasco führen würde, hat der Schatzsekretär unterstrichen. Aber damit ist nicht gesagt, daß die Entziehung so hoher Beträge, wie sie der Wehrbeitrag darstellt, aus unserer Volkswirtschaft etwa unbedenklich wäre. Es kann zu Abjahstodungen, zu großer Arbeitslosigkeit kommen, und dann sind wieder die Arbeiter diejenigen, die darunter leiden. Der Ertrag der in die Kasernen gezogenen 130 000 Arbeitskräfte durch slavische Wanderarbeiter bedeutet weiter eine dauernde Bedrohung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter. Der Wehrbeitrag in seiner gegenwärtigen Form zeigt eine brutale (Präsident **R ä m p f** rief den Ausdruck.) Rücksichtslosigkeit gegen den Mittelstand, denn er faßt die kleinen Vermögen derb an, vermeidet aber die Progression zu Lasten der Reichenvermögen und begünstigt auffallend die Agrarier. Nun sagte der Schatzsekretär, die Progression habe man vermieden, um den ganzen Aufbau der Steuer so einfach wie möglich zu machen. Er ist ein viel zu kluger Finanzmann, um das selbst zu glauben. Ist erst einmal veranlagt, so kann man darauf jeden beliebigen Steuerfuß anbringen. Nein, die Progression soll vermieden werden aus Angst vor den Kapitalisten der höheren Grade, deren Opfermut dann auf eine recht harte Probe gestellt würde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei der Kritik der vorgeschlagenen Veranlagung des Wertes der land- und forstwirtschaftlich benutzten Grundstücke nach dem 25fachen Reinertrage könnte ich mich auf den Vorstehenden des Oberverwaltungsgerichts Struß stützen, der daher Worte gefunden hat, die, wenn er sie unter dem Präsidium des Herrn **K n e m p f** aussprechen würde, ihm zweifellos eine Krüge zuziehen würde. (Heiterkeit bei den Soz.) Diese Begünstigung der Agrarier muß beseitigt und eine Progression herbeigeführt werden. Wenn das alles geordnet ist, müßte eigentlich die Verewigung dieses Heeresbeitrages beschlossen werden, aber vielleicht findet sich dafür keine Mehrheit. Jedenfalls aber muß die Verteilung auf drei oder vier

Jahre beschloffen werden, schon weil der Ertrag gar nicht voranzugehen ist und weil wir der Regierung nicht ohne Verwendung Gelder in den Schoß werfen wollen. Wenn Überschüsse entstehen, müssen sie zunächst benutzt werden zur Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. Zwei Merkmale hat jede Industrie, das der Mobilität und das andere, daß sie durchaus international ist. In England gehören zu den Interessenten dieser Industrie Herzöge, Grafen, Barone. Aber auch in Deutschland ist ein großer Teil des Adels an den kolossalen Profiten dieser Industrie beteiligt. Was Wunder, daß da die Besitzer dieser Werke immer und immer wieder zu neuen Rüstungen treiben, die ihnen neue Profite zuführen. Aber nicht nur außerordentlich einflussreiche Leute sind an dieser Industrie beteiligt. Wir beziehen den größten Teil der deutschen Panzerplatten aus der Dillingen Hütte. An dieser Hütte sind hervorragend französische Kapitalisten beteiligt, die Geschäftsprache in der Generalversammlung ist die französische. (Hört, hört!) Im Aufsichtsrat sitzt Herr Konrad v. Schubert, der Schwiegersohn des Königs Stumm, preussischer Generalleutnant z. D. Dieser Herr mit den französischen Herren zusammen die Preise der deutschen Panzerplatten auskalkulierend — dies Bild möchten wir der Zukunft ersparen, indem wir die Rüstungsindustrie verstaatlichen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Grundzüge für die Veranlagung des Vermögens zum Wehrbeitrag müssen durch das Reich festgesetzt werden. Eine Organisation hierzu läßt sich ebenso gut schaffen wie für das Reichsheer, die Reichszölle und andere Einrichtungen. Die Fürsten sind in der Vorlage nicht erwähnt, und deshalb sind sie einbezogen. Man kann es nicht gut heißen, daß die Begründung sagt, es sei ein besonderes Gnaden- und Jubiläumsgeschenk, wenn die Fürsten jetzt mitsteuern wollen. Ihr Millionen- und Milliardenvermögen kann man nicht freilassen. (Zuruf: Und wenn sie abwandern!) Herr Kollege, das wäre ein Gedanke (Große Heiterkeit), darüber ließ sich reden. Das geforderte Opfer von einer Milliarde stellt man als etwas Außerordentliches hin. Aber das deutsche Volk zahlt seit 1906 jährlich eine Milliarde für den Brotmehrer und soll ihn nach dem Wunsch der Rechten in alle Ewigkeit weiter zahlen. Das Opfer der Besitzenden kommt also gar nicht in Betracht gegenüber den großen Lasten, die der Masse des Volkes aufgewälzt sind, und die sie schweigend tragen muß. (Zuruf rechts: Schweigend?) Sofern ich nicht in der Sozialdemokratie Jürsprecher entziehen. (Zurufe bei der Volkspartei) Auch Sie, Herr Gothein, sind Jürsprecher. Ich erkenne das an! Man wirft der Vorlage vor, in die Selbständigkeit der Einzelstaaten einzugreifen. Wir erkennen die kulturelle Notwendigkeit der Einzelstaaten an; solange Brücken nicht ein Kulturstaat geworden ist, ist es ein Glück, daß wir Einzelstaaten haben, in denen noch Reste demokratischer Einrichtungen sind, in denen die Gedankenfreiheit noch einen Schutz findet gegenüber der jähwilden Herrschaft in Preußen. Aber das Natürliche ist doch die Entwicklung zur künftigen Zentralisation des Reiches und zum Staatenbund des westlichen Europas. Sogar diese Vorlage bewirkt den Fortschritt des demokratischen Gedankens, da man sie nur mit dem Hinweis auf die allgemeine Wehrpflicht zu empfehlen gewagt hat. Die Geschichte der deutschen Finanzreform ist eine Geschichte gebrochener Versprechungen. Jede neue Reform brachte eine neue Betäubung. Diesmal hat man überhaupt keinen Finanzplan, der es ermöglicht, garhohen Rufes in die Zukunft zu gehen. Noch keinem Schatzkammer ist es gelungen, das Finanzwesen so zu gestalten, wie es die zwingende Notwendigkeit erfordert. So wie die Dinge liegen, kann eben nicht ein Schatzkammer ein Reformator der Finanzen sein, sondern nur eine Koalition der Parteien, nur die Volksvertretung. Freiheiten haben sich die Völker nur zu Zeiten finanzieller Schwierigkeiten ihrer Herren erungen. Auch wir müssen die Zeit der jähwilden Opfer benutzen zur Erringung von Freiheiten. Dann kann aus den toten Zahlen dieser Vorlage blühendes und reiche Früchte tragendes Leben sprossen. (Leb. anhaltender Beifall bei den Soz.)

Präsident Kämpf: Sie haben preussischen Beamten hinerkliche Beeinträchtigung der Rechte der Minderbemittelten vorgeworfen. (Zuruf bei den Soz.: Das stimmt!) Sie rufe Sie dafür zur Ordnung.

Trotz (3): Wir sind nicht gewillt, die Heresvorlage durch eine und die Deckungsvorlage durch eine andere Wehrbeitrag bewilligen zu lassen. Wir werden keine Aufgabe ohne vorherige Zustimmung bewilligen. In Massenabgaben, wie einer einmaligen Vermögensabgabe, greift man doch nur in den letzten höchsten Not und Gefahr, die nach den Ausführungen des Reichstages keineswegs vorliegt. Eine Befreiung der Vermögensabgabe muß das Vermögen selbst unterhöhlen. Welche Befreiungen man damit entgegennimmt, beweisen die Ausführungen des Reichstages und der sozialdemokratischen Presse. Die Sozialdemokraten haben in den Grundzügen: Abgang im Diebstahl. Wir aber müssen die schwersten Bedenken gegen die einmalige Vermögensabgabe haben. (Leb. Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Vorlage greift auch in die Finanzhoheit der Einzelstaaten ein: Das Verbot der 1913 in der Anfang vom Ende der einzelstaatlichen Finanzhoheit. (Sehr wahr! im Zentrum.) Der Wehrbeitrag ist vor allem auch geeignet, einer Reichsvermögenssteuer den Weg zu bahnen, woran wir, als die Rüstungsminister für gewöhnlich haben, von hunderttausend Millionen zu sprechen, um die Forderungen der Vorlage als das mindeste zu betrachten. Der Reichstag braucht keinen Schein, es ist im höchsten Maße unangebracht, Vermögen von 1000 Mrd. schon zum Wehrbeitrag heranzuziehen, Einkommen dagegen erst von 1000 Mrd. an. (Sehr richtig! im Zentrum) Auch kammen, daß denen mehrere Schöne dienen, müssen Entscheidungen bestimmen. (Beifall im 3.) In Gebieten hat nicht nur die Vermögenshoheit, sondern auch der Reichsverband an, und deshalb sind Rechte für die richtige Definition des Vermögens gegeben. Es ist zu untersuchen, ob sie anstehen. Daß die Bundesstaaten sich zu dem Ort des Wehrbeitrages bereit erklärt haben, hat in mehreren Staaten angedeutet. Ich kann aber der Bestätigung nicht zustimmen, daß die Bundesstaaten der direkten Besteuerung durch das Reich nicht unterliegen. (Leb. Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben also schwere Bedenken gegen die Wehrbeitrag und jedenfalls darf eine solche Vermögensabgabe dem Volke nicht zum zweiten Male zugemutet werden. — Ich gegen die Wehrbeitrag haben wir schwere Bedenken, ebenso gegen die Art der Regelung der Vermögensabgabe. Dagegen begrüßen wir es, daß die Vermögenshoheit der Bundesstaaten nicht aufgehoben werden soll. Den allgemeinen Gedanken dagegen, daß die Vorlage in Bezug auf das Verbot des Reiches, weil hier das Reichsfinanzministerium in voller Freiheit agieren kann, das nachgefragt ist, an dem Reichstag keine weiteren Steuerentwürfe zu sein können. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn man glaubt, das im Reichsfinanzministerium, so möchte man sich, das die Reichsfinanzminister unter unangenehmen Umständen. (Zuruf bei den Soz.: Der Sie ihn verurteilen haben!) Wenn es nicht anders geht, werden auch die neuen Lasten getragen werden, und ich hoffe, daß die Vorlage die Grundlage abgeben werden, um die künftigen Parteien zu gemeinsamen Entscheidungen zu bringen. (Beifall im Zentrum.)

Dr. W. (3): Ich hoffe, daß der Reichstag durch die Vorlage die Rechte des Reiches nicht untergraben werden. Wenn der Reichstag durch die Vorlage die Rechte des Reiches nicht untergraben werden, so wird die Vorlage, und ich will dem Reichstag in ge-

wissem Sinn darin folgen. (Gr. Pfst.) Daß Dr. Südekum hier ein Bild der Not und des Elends gemalt hat, war sehr deplaciert, wir müssen dem Ausland vielmehr zeigen, daß das deutsche Volk stark und kräftig ist und den Willen hat, für seine Interessen nach außen Opfer zu bringen. (Leb. Bravo! b. d. Natl.) Die Vaterkraft des Gesetzes hat Dr. Südekum für den Kollegen Dr. David in Anspruch genommen, der in der Tat bei der letzten Finanzreform einen Wehrbeitrag gefordert hat. Fürst Bülow sprach damals von den perfiden und phantastischen Vorträgen der Sozialdemokratie. (Schallende Pfst.) Doch das nur nebenher. Wie könnten für die einmaligen Ausgaben wieder den Weg der Anleihe beschreiten, die mir früher in leichtfertiger Weise gemacht haben. Würden wir aber gerade jetzt mit einer Milliardenanleihe auf den Markt treten, so würden alle Kurse gedrückt werden, und die Besitzenden sicherlich noch mehr verlieren, als durch den einmaligen Wehrbeitrag. — Die Steuerpflicht der Fürsten ist nach dem Wortlaut des Gesetzes ganz zweifellos. Die Begründung sagt, die Fürsten haben sich bereit erklärt, das patriotische Opfer zu bringen. Segen wen und in welcher Höhe? Sind sie auch bereit zu dem Opfer, wenn wir den Prozentsatz erhöhen? (Sehe gut! links.) Das richtigste ist es, die Fürsten einfach in das Gesetz einzubeziehen. — Daß das Versprechen auf Grundlegung der Zuckersteuer und des Umsatzsteuers nicht eingehalten werden kann, ist bedauerlich. Die Wertzuwachssteuer war ein schwerer Fehler. (Hört, hört! links.) Dem Gedanken einer allgemeinen Vermögenssteuer entspricht die Vorlage nur wenig, wir müssen zu einer direkten Besteuerung durch das Reich kommen. Ich und der größte Teil meiner Freunde hält eine direkte Vermögens- und Erbschaftsteuer noch heute für das Beste. (Hört, hört! links.) Freilich fürchte ich hierbei ein Unannehmliches der Regierung. Doch angesichts der Wandlungen in den Aufstellungen der Regierung wird man das Wort der Ehrenrede „die Entwicklung steht nicht still“ auch auf die Realisierung anwenden können. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Was hat man früher nicht alles über die Finanzhoheit der Bundesstaaten gesagt? Heute heißt es: Wenn Du nicht parierst, tritt das Reichsgesetz in Kraft. Damit fällt ein der wesentlichen Motive gegen die Reichsvermögenssteuer fort. Aber wir karrivieren uns nicht darauf, uns liegt vor allem daran, eine wirklich allgemeine Vermögenssteuer für die Deckung der Wehrvorlage zu bekommen. Eine solche ist auch die Erbsteuer. Auch hier karrivieren wir uns nicht auf das Wort; ist eine direkte Vermögenssteuer auf anderem Wege möglich, so ist uns das ebenso lieb; nur für den Umweg über die Einzelstaaten sind wir nicht zu haben. — Beim Wehrbeitrag müssen auch die großen Vermögen der toten Hand herangezogen werden. (Sehr richtig! links.) All diese Fragen werden in der Kommission zu prüfen sein, wo es hauptsächlich geht, für die notwendige Wehrvorlage auch die notwendige Deckung zu finden. (Bravo! b. d. Natl.)

Dr. W. (3): Die Vorlage ist trotz der Kürze ihrer Begründung doch gründlich durchgearbeitet. Den notwendigen Ausgleich zwischen den verschiedenen Auffassungen der Parteien zu finden ist der Regierung gelungen. In einzelnen Punkten haben wir allerdings schwerwiegende Bedenken. Handel, Verkehr, Industrie und die Arbeiter werden in einer Weise geschont, wie das wohl niemand erwartet hat. Dabei werden besonders auch die Arbeiter große Vorteile von der Heresvorlage. (Lachen bei den Soz.) Auf die Dauer wird es nicht möglich sein, die Lasten ausschließlich auf die starken Schultern zu legen. Doch allemal sind wir bereit, die einheitliche Belastung des Vermögens im wesentlichen zu bewilligen. Die konservative Partei ist bereit bereit gewesen. Opfer für die Deckung der Heresvorlage zu bringen. (Lauter Lachen bei den Soz.) Wie gerade Sie zu dem Vorwurf der Steuerlichen kommen, ist mir unverständlich. (Sehr wahr! rechts.) Haben Sie schon je eine Steuer bewilligt, die die hinter Ihnen lebenden Arbeiter belastet hat? Im Gegenteil, Sie erheben Steuern von den Arbeitern in Form der Partei- und Gewerkschaftsbeiträge. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Aber wenn die Arbeiter für die Sicherheit ihres Vaterlandes Steuern zahlen sollen, versagen Sie vollständig. (Leb. Bravo! rechts, Gelächter bei den Soz.) Dem Wehrbeitrag stimmen wir zu, ebenso der Anregung, über eventuelle überflüssige Bestimmungen zu treffen. Weder dem Reich noch den Einzelstaaten steht ein Recht zu, die Fürsten zu besteuern. (Widerpruch links.) Zu prüfen wird sein, ob nicht auch die Arbeitergewerkschaften zum Wehrbeitrag herangezogen werden können. (Lachen bei den Soz. Zuruf: Mund der Landwirte!) Die Besteuerung des Grund und Bodens nach dem Ertrage halten wir für gerechtfertigt, dagegen die Heranziehung der kleinen Vermögen für zu weitgehend. Wir können den Bundesstaaten doch unanständig die letzte Steuerquelle, die Einkommensteuer, nehmen. Die Finanzhoheit der Einzelstaaten muß so weit wie möglich gewahrt werden. (Sehr richtig! rechts.) Eine Reichsbesitzsteuer würde weniger bringen als die vorgeschlagene Vermögenssteuer. Das Erbrecht des Reiches kann unsere Billigung nicht finden. Dies nur eine Einnahme zu schaffen, sollte man nicht den Familienzusammenhang noch mehr lockern. (Sehr richtig! rechts.) Die Erbschaft der Deckungsvorlagen muß unbedingt zusammen mit der Vermögenshoheit der Heresvorlage erfolgen. (Sehr richtig! rechts.) Hat dann wird der Grund auf das Unannehmliche nachdrücklich sein. Es wird großen Entgegenkommens auf allen Seiten bedürfen, an dem es auf unserer Seite nicht fehlen soll. (Bravo! rechts.) Die weitere Debatte wird auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 7 1/2 Uhr.

Der Kampf im Malergewerbe geht weiter!

Die Annahme, der Unternehmerverband werde seine, zur finanziellen Schwächung der Maler inangewandte Machtpolitik noch nicht aus der Welt schaffen wollen, ist durch die zweitägigen Verhandlungen in Berlin voll bestätigt worden, trotzdem keine schwache Kopie von Anfang an klar zutage trat. Zu den von den Unternehmern eingereichten 10 Anträgen, wozu die nahezu sämtliche bei den ersten Verhandlungen abgelehnten Anträge wieder aufgenommen und das Tarifmater in den wichtigsten Fragen verächtlichter werden sollte, wurden einige Erklärungen gegeben. Trotzdem die Unternehmern ihre Anträge gar nicht ernsthaft begründeten, weil die Gehilfenvertreter von vornherein jede Änderung des Tarifgesetzes ablehnten und Gegenanträge in Aussicht nahmen, erklärten sie sich schließlich mit dem Tarifgesetz im Gegensatz zu früher nunmehr einverstanden, wenn die Lohnfrage befriedigend geregelt werde. Bei den Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeiten machte die Unternehmer, wie schon kurz berichtet, an Stelle der Schiedsprüche ein Angebot von 3 Täg pro Stunde für die ganze Vertragsdauer. Zugleich schenken sie Lohnsteigerungen zum Ausgleich der Inflationserwartungen an. Die Gehilfenvertreter beantworteten diese Zustimmung mit folgender Erklärung: „Die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen können das Angebot der Arbeitgeber, durch das die Höhe des Lohnes, selbst nach unter die in den Schiedsprüchen festgesetzten

Löhne herabzugehen, grundfänglich ab. Sie halten eine Verständigung für eine Reihe von Lohngebieten auf der Grundlage der Schiedsprüche ohne weiteres für möglich; dagegen können sie für einen weiteren Teil von Lohngebieten die in den Schiedsprüchen festgesetzten Bedingungen über Löhne und Arbeitszeit nicht als ausreichend anerkennen, weil die örtlichen Verhältnisse nicht genügend gewürdigt worden sind. Außerdem hat sich die Situation durch die vom Arbeitgeberverband vorgenommene Aussperrung wesentlich verändert, indem durch den inzwischen erfolgten Abschluß zahlreicher Einzelverträge und korporativer Tarifverträge, u. a. mit dem Bund Deutscher Dekorationsmaler, die Schiedsprüche bereits überholt sind.“

Die Gehilfenvertretung begründete diese Erklärung eingehend unter Vorlegung des ganz unmotivierten Vorgehens des Unternehmerverbandes und der dadurch heraufbeschworenen Situation, die es nun den Gehilfen unmöglich mache, die Schiedsprüche in allen Orten noch als ausreichend anzuerkennen. 13406 Aussperrten und Arbeitslosen ständen jetzt 13488 Gehilfen gegenüber, die bereits zu den in den Schiedsprüchen enthaltenen Arbeitsbedingungen und zum großen Teil noch darüber hinaus arbeiten. Das müsse gewürdigt werden. Der Unternehmerverband habe sich die Schuld, daß es so gekommen sei, selbst zuzuschreiben.

Nach langer Beratung der Unternehmervertreter und nach weiteren Bemühungen der Unparteiischen, die Differenzen auszugleichen, blieben die Unternehmer bei ihrem Angebot. Darauf gaben die Gehilfenvertreter folgende Erklärung ab: „Wir erkennen die Bemühungen der Herren Unparteiischen zur Beilegung der bestehenden Differenzen an, sind jedoch durch die infolge der Aussperrung veränderten Verhältnisse nicht in der Lage, dem Vorschlage der Unparteiischen, die Schiedsprüche für alle Lohngebiete anzuerkennen, beizutreten. Durch unsere Erklärung haben wir den Willen zu einer Verständigung gezeigt und halten eine Einigung auf dieser Grundlage nach wie vor für möglich.“

Hierauf erklärten die Unparteiischen, daß zu ihrem Verdauern, trotzdem nun alle Bedenken gegen das Tarifschema beseitigt seien, die Verhandlungen abgebrochen werden müßten. — So hat der Unternehmerverband durch sein erneutes prozessorisches Angebot gezeigt, daß er nach wie vor glaubt, durch seine verpönte Aktion die Gehilfenorganisationen aufzureißen. Sind diese Absichten auch nicht ernst zu nehmen — denn die Pläne der Schatzmacher im Malergewerbe werden niemals in Erfüllung gehen — so zeigen sie den Gehilfen doch mit erfreulicher Klarheit, was sie zu erwarten hätten, wenn es nach dem Willen der Unternehmerverbände ginge. Der Kampf geht also weiter, und daß er für die Arbeiter zu einem befriedigenden Ende geführt wird, dafür bürgt schon die jetzige Situation, die nach der Kraft abnehmender Haltung der Unternehmervertreter bei den neueren Verhandlungen nunmehr für die Unternehmern keineswegs besser geworden ist.

Unternehmer-Terroristen am Pranger.

Viele Unternehmer-Organisationen und die diesen ergebene Schatzmacherpresse überließen sich seit langer Zeit in Schilderung von Terroristustatlichkeiten, die angeblich von organisierten Arbeitern verübt worden sein sollen. Doch die Absicht dieses Treibens wurde stets zerschanden, weil sich in jedem einzelnen Falle, wenn man der Schatzmacher auf die Spur ging, eine direkte Unwahrheit, zum mindesten aber eine kolossale Übertreibung nachweisen ließ. Diesen Heuchlern wird aber erst die Masse vom Gesicht gerissen, wenn ihr eigener unverkennbarer Terrorismus wieder einmal unter einwandfreien Belegen der Öffentlichkeit enthüllt wird. Wir wollen das heute durch zwei besonders frasse Fälle tun.

Von Unternehmern wird stets bestritten, daß Arbeiter wegen ihrer Bestimmung gemüßigt werden und auf die schwarze Liste kommen. Daß besonders unter den Metallindustriellen die Müßigung der ihnen nicht geneigten Arbeiter immer noch lebhaft im Schwange ist, beweist folgender Mitteilungszettel eines Abteilungsleiters an das Einstellungs-Bureau der Firma Siemens u. Halske in Berlin und Siemens Schuckert. Dieser Schein hat unter Weglassung der Namen der betroffenen Arbeiter folgende wortgetreue Fassung:

Entlassungs-Anzeige.
Bei jeder Entlassung ist dem Lohn-Bureau sofort eine Anzeige im geschlossenen Briefumschlage anzustellen.

Name	Stand	Beauftragter
		Mechaniker
		Mechaniker
		Vertrauensmann der Katen
		gut, mittelmäßig, schlecht
		gut, mittelmäßig, schlecht
		Ja! Nein!
		Ja! Nein!
		Vertrauensmann der Katen

Obige Erklärungen sind vorurteilsfrei und gewissenhaft abgegeben.

Charlottenburg, den
Rommendamm
Unterschrift des Meisters bzw. Vertreters
Matthias

Diese sogenannte Entlassungs-Anzeige liegt der Zeitung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes im Original vor; ihre Echtheit ist nicht anzuzweifeln. Zu diesem Terroristustatbestand braucht angesichts der deutschen Sprache, die aus den Zeilen dieser Entlassungsanzeige spricht, kein Wort der Erörterung hinzugefügt werden.

Ein zweiter Fall: Die Zeitung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes erhielt vor kurzem von einem ihrer Mitglieder folgendes Schreiben: „Sehr geehrter Herr! Gestatten Sie mir bitte, Ihnen mitzuteilen, daß ich trotz der Bonifarte, die ich Ihnen in Gegenwart des Fabrikanten schreiben mußte, im Deutschen Metallarbeiter-Verband bleibe.“

Da es heutzutage außerordentlich schwer ist, Stellung zu erhalten, so üben die Fabrikanten einen gewissen Druck aus.

Es ist die Firma bei der ich jetzt arbeite. Sie wollen also bitte die betreffende Erklärung als Zwangssache annehmen und meine Mitgliedschaft weiter anerkennen.

Zur weiteren mündlichen Erklärung gern bereit zeichne mit Hochachtung

Da diese Terrorismussfälle durch den erbrachten tatsächlichen Beweis wohl nun doch von keinem journalistischen Unternehmervorhaben bestritten werden können, so wird jedenfalls die Ausrede kommen, daß diese hier vorgebrachten Fälle einzelne Vorkommnisse seien, die für die Regel nichts zu bedeuten haben. Demgegenüber sei von vornherein erklärt, daß die Zeitung der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes bereit ist, mehrere hundert gleicher und schlimmer Terrorismussfälle vorzuliegen, und zwar nicht Fälle, die etwa Jahre zurückliegen, sondern in neuester Zeit sich ereignet haben. Und diese Deutler, die im geheimen ihre wirtschaftliche Übermacht in terroristischer Weise gegen die Arbeiter ausnützen, zernern in schamloser Weise gegen den Terror der organisierten Arbeiter und schreien sich heifer nach Buchhausgelegen für — die Arbeiter.

Aus Nah und Fern.

Spionageangst. In einem Berliner Blatt wurde die für Patrioten grüßliche Mitteilung aus Strahburg gebracht, man habe in Kolmar und Metz private drahtlose Verbindungen mit dem Pariser Eiffelturm entdeckt, und es handele sich dabei um offensiv-spionagische Spionage. — Diese „Spionage“ wird jetzt recht harmlos aufgeklärt. In mehreren Privathäusern und Schulen in Kolmar und Metz haben nämlich seit einiger Zeit Physiklehrer und sonstige Fachmänner Empfangsapparate für drahtlose Telegraphie, also keine Gebstation, angebracht, um mit diesen Apparaten die Zeitpunkte des Eiffelturmes, Feststellung der Mittagstunden usw., abzunehmen. — Das ist also die „Spionage“, die ein furchtbarer Straßburger Berichtstatter eines Berliner Blattes ausgedünstelt hat.

Ein blutiger Kampf wurde in Kaiserslautern zwischen einem Hausbesitzer und einer Mietspartei von 5 Personen ausgefochten. Von den Beteiligten wurden Revolver, Knittel, Ohrenziemer und Hengabeln gebraucht. Alle Personen wurden schwer verletzt.

Den Schwiegerjohn erschossen. In Leonsberg bei Groß-Köllnbach erschob der Bauer Josef Mühlbach nach einem kurzen Wortwechsel seinen Schwiegerjohn mit einem Jagdgewehr und versteckte die Leiche in einem Schuppen auf dem Hofe, wo sie alsbald gefunden wurde. Mühlbach wurde verhaftet.

Ein größlicher Eisenbahnunfall. Der Bahnmeister des um 2 Uhr von Danau kommenden Zuges geriet beim Rangieren des Zuges auf der Station Gehbach unter die Räder. Er wurde in der Mitte durchgeschnitten. Der

Beringlückte wohnte in Danau, war verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Vom Spiel in den Tod. In Grabo bei Niemegk, Provinz Sachsen, wurde ein dreijähriger Knabe beim Spielen von einem Windmühlensflügel erfaßt und getötet.

Telephonische Verbindung London und Köln. Am Mittwoch hat zum ersten Male, wie die „Daily Mail“ mitteilt, eine deutsche mit einer englischen Zeitung ein telephonisches Gespräch gehabt. Die über 320 englische Meilen führende telephonische Verbindung von Köln nach London bewährte sich glänzend. Bereits am 4. März sei eine telephonische Verbindung zwischen London und Berlin versucht worden, doch dieser Versuch sei nicht günstig ausgefallen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Religion und Arbeiterchaft.

Auf die am 10. April im Sprechsaal veröffentlichte Entgegnung in Sachen der Religion sei mir gestattet, einiges zu erwidern: Ich stimme mit dem Schreiber jener Entgegnung darin überein, daß auch ich es für bedauerlich halte, wenn ein Mensch, wie jener Adventist, um seiner religiösen Ueberzeugung willen — auch wenn es sich dabei um Ideen handelt, die andere für unwesentlich oder irrig halten — gerichtlich bestraft wird. Und ebenso würde ich es sehr bedauern, wenn unser Kaiser wirklich gelagt hätte: „Wenn ich befehle, sollt ihr auf Vater und Mutter schießen.“ Aber beweisen solche Worte und Taten etwas gegen den Wert der christlichen Religion? Zeigt sich nicht vielmehr in der Standhaftigkeit jenes Soldaten, der bereit war, für seine Ueberzeugung willig alle Folgen zu tragen, etwas von der Macht, die die religiöse Ueberzeugung über einen Menschen ausübt? Und nötigt uns nicht solche schlichte Ueberzeugungstreue, die Gott mehr gehorchen möchte, als den Menschen, unwillkürlich Achtung ab, zumal in einer Zeit, in der die meisten bei all ihren Tugenden sich fragen: was bringt es mir ein? Und weiter: gerade in dem Gebot: Ehre Vater und Mutter! das der Einsender jenem harten Wort vom Totschießen der Eltern entgegenstellt, haben wir ein Pflichtgebot vor uns, das die Religion den Menschen ans Herz legt. Kann man da wirklich sagen, daß es gegeben ist, um die Menschen zu „verblöden“ und zu „verdummen“?

Wenn die Religion weiter keinen Zweck hätte, als den die Menschen zu verblöden und zu verdummen, dann müßte die Sozialdemokratie doch eigentlich in der Religion eine Bundesgenossin erblicken. Denn der Einfluß der Religion auf die sozialdemokratische Arbeiterchaft ist zurzeit leider sehr gering; die Kirchgänger rekrutieren sich im großen und ganzen aus den bürgerlichen Kreisen. Wenn die aber „verblöden“ und „verdummen“, so könnte das der Sozialdemokratie doch nur lieb sein. Warum dann der erregte Kampf gegen die Religion?

Doch Scherz beiseite. Die Sache ist zu ernst dazu. Wenn wirklich die Religion irgendwie in den Dienst des Egoismus gestellt wird, wenn irgendwo der Egoismus sich ein frommes Mäntelchen umhängt, um auf diese Weise, unter schönem Mißbrauch der Macht, die die Religion über andere ausübt, für sich irgend welche Vorteile herauszuschlagen, dann wird dem wahren Wesen der Religion ein Schlag ins Gesicht gegeben. Denn die christliche Religion stellt die Pflicht der selbstlosen, dienenden, helfenden Liebe in ihren Mittelpunkt. Ihre wesentliche Aufgabe ist gerade die, den Menschen von der Macht des Egoismus zu befreien. Daß dieses Ziel noch lange nicht erreicht ist, wissen wir alle. Aber das kann uns nicht hindern, festzuhalten an diesem Ideal und dafür zu kämpfen. — Ich kann dem Einsender jenes Artikels und allen, die sich für diese Fragen interessieren, nur die dringende Bitte aussprechen, einmal wirklich im Zusammenhang die Evangelien, die Apostelgeschichte, die Korintherbriefe, den Jakobusbrief und die Johannesbriefe im Neuen Testament zu lesen, vielleicht erhält er dadurch einen etwas andern Eindruck von dem Wesen und der Aufgabe der christlichen Religion, vielleicht wird die religiöse Kraft, die die Verfasser jener Schriften, wie die Menschen, von denen sie erzählen, befeht, auch ihn zu der Ueberzeugung bringen, die Genosse Dr. Hans Müller in den Sozialistischen Monatsheften 1910, Heft 26, am Schluß seines Artikels über „das religiöse Moment in der sozialistischen Bewegung“ auspricht: „Ich sehe eine der wichtigsten Aufgaben des modernen Sozialismus darin, seine Anschauungen über die Religion, ihr Wesen und ihre Rolle in der Menschheitsentwicklung zu revidieren und dafür einzutreten, daß von einer der reichsten Kraftquellen, die ihn zu speisen vermögen, der Schutt veralteter Vorurteile abgetragen werde, durch den noch heute Millionen seiner Anhänger verhindert werden, aus dieser Quelle zu schöpfen.“ Pastor Denker.

Radsfahrwege.

Der Radsfahrweg über den Heiligengeistkamp ist in der vorderen Hälfte von der Rabenstraße an in einem derartig schlechten Zustand, daß man annehmen muß, die hierfür maßgebende Behörde sei im Glauben, wir Radsfahrer seien alles vermögende Leute, denen es auf ein paar Mark für Laufdecken nicht ankäme. Kann diese Hälfte nicht auch mit der neuartigen Masse bedeckt werden. Die scharfen Schladen und der Kies reißt förmlich Löcher in die besten Continental-Laufdecken. Auch der zweite Teil des Weges ist schon schlecht, aber es ist auch kein Wunder, weil Fuhrwerk und Reiter darüber fahren und reiten. Für die sehr vielen Arbeiter und Angestellten ist es nichts Angenehmes; da wäre es wünschenswert, daß etwas getan wird im Interesse der Radsler, die ja auch ihre Radsfahrzeuge haben müssen. Mehrere Radsfahrer.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellina. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Emma Wienke
Heinrich Busch
Verlobte. (3002)
Bardowiek. Selmsdorf.
E. Unserm guten Freund Hein zu hoch 84. Geburtstag an donnerndes Hoch. Op hee sie woll wat marlen 3004) lett.

Verzpäet.
Wir gratulieren Frau **Leifgrän** zum Geburtstage. Gen dreemal dunnerdes Hoch, dat de ganze Friedensstrat wartelt un dat Pus Nr. 52 un den'n Kopp to stahn künmt. Nu rad mal. (3030) De böitigen Seelen.

Gestern starb im Krankenhaus zu Lübeck nach langem schweren Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder treu sorgender Vater

Heinrich Stender
im 39. Lebensjahre. (3022)
Tief betrauert von den Seinen.
Anna Stender geb. Cordts.
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 4 Uhr in Rücknig statt.

Damen- oder Herren-Schneider
gesucht. (3010)
M. Fürbötter, Pferdemarkt 12, pl.
Gesucht zum 1. Juli 3-Zimmer-Wohnung v. d. Burgtor. 250 bis 270 Mk. Ang. u. B J an die Exp. dieses Blattes. 3015

Herren- u. Damen-Garderoben, Kinderzeug, Schürzen, Häuzel
1 Mk., alles sehr billig. (3006) Mittelstraße 1.

Habe mich in Lübeck als **praktischer Arzt** niedergelassen. Meine Wohnung ist **Klingenberg 3-4, I. Fernr. 2504.** Sprechstunden: Vormitt. 8-10 Uhr, Nachm. 3-4 Uhr. An Sonntagen nur vormittags.
Dr. med. Fritz Ziemendorff.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Festhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Bfg. per Stück zu haben in der **Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**

Für Brautleute!

3 Schlager:

Komplette Wohnungs-Einrichtung 295.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	Teilzahlung wöchentlich 2.— Mk.
1 Sofa	2 Bettstellen engl.	1 Küchenschrank	
1 Tisch	1 Kleiderschrank	1 Küchentisch	
1 Vertiko	1 Waschtisch	2 Stühle	
4 Stühle	2 Stühle		

Komplette Wohnungs-Einrichtung 625.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	Teilzahlung pro Woche 4.— Mk.
1 Sofa	2 engl. Bettstellen	1 Küchenschrank	
1 Ausziehtisch	1 engl. Kleiderschr.	1 Küchentisch	
1 Vertiko m. Spieg.	1 zweitür. Wascht.	2 Stühle	
1 Trumeau	1 Spiegel	1 Handtuchhalter	
6 Stühle	2 Stühle		

Komplette Wohnungs-Einrichtung 750.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	Teilzahlung wöchentlich 5.— Mk.
1 Plüschgarnitur besteh. aus 1 Sofa u. 4 Polsterstühlen	2 engl. Bettstellen	1 Küchenschrank	
1 Ausziehtisch	1 engl. Kleiderschr.	1 Küchentisch	
1 Vert. 1 Trumeau	1 Waschoilette	2 Stühle	
	2 Stühle	1 Handtuchhalter	

Einzelne Möbel:	Spezialität:
Bettstellen	Kompl. Schlafzimmer
Kleiderschränke	„ Wohnzimmer
Tische	„ Speisezimmer
Büfets	„ Herrenzimmer
Vertikos	„ Salons
Sofas	
Garnituren	
	Teilzahlung wöchentl. 1.— Mk. an.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Siegfried Ittmann

Breite Straße 33, 1. Etage.

Weißer Ringäpfel
Bund 40 Bfg.
Gemischt. Backobit
Bund 40 Bfg.
Birische
Bund 40 Bfg.
Pflanzen
Bund 25, 30, 35, 48 Bfg.
Sagebutten
Bund 66 Bfg.
Birbeeren
Bund 70 Bfg.
2-Bünd. Bohnen
Dosen 33 Bfg.
Eduard Speck,
Südrade 80 u. 82.

Dachlacke
Carbolineum
in allen Farben
u. jedem Quantum
Ferd. Kayser.

Käselager Huxstrasse 83-85.
Tilsiter Fettkäse Pfd. 60.5
Tilsiter Vollfett Pfd. 70.5
Pfd. 80.5
Pfd. 90.5
Ein großer fette Limburger
Posten echte Allgäuer Pfd. nur 60.5

Billig! Käse! Billig!
Säftiger Schweizer 95 Bfg.
Prima vollfett. Tilsiter 90 Bfg.
Schöne fette Tilsiter 60, 75 Bfg.
Klein- **Fleischhauerstr. 48**

Gute Wagn. bon.-Ghartoß. 100 Pfd. 2.25 M. frei Haus, 10 Pfd. 30.5, frühe Waulf. Juli Exp. u. Pfanzkartoffeln. Berle v. Erfurt, Rosen-Pfanzkartoffeln, Kaiserkrone, säm. Sort. 10 Pfd. nur 40.5, empf. C. Prestin, Fleischh. 60.

Pr. ig. Ziegenfleisch Pfd. 40
u. 50 Bfg.
29 Markthallenstand 29. (3017)

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten“

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1
Fernsprech. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung
Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen,
Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunenn, Teppiche
Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Boxkin, Schlaf-
u. Reisebetten, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche,
Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpf,
Handschuhe, Schlüppe etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
Erscheint einmal wöchentlich
empfehlenswerter • Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

**Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu**
Aktienbierbrauerei Lübeck

Billigste Bezugsquelle
für Öfen, Herde, Gaskocher,
Grüdhöfen
Adolf Borgfeldt
Fernald 672 Mühlenstr. 36-40

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
Lindenstr. 20-22, Fernald 356
„Juwelbrot“
welschschmeckendes Kraft- u. Fibrobrot
Backwaren jeglicher Art.

Kaufhaus Siegfried Ittmann
Breite Str. 33, 1. Etage
Einzel-Möbel
sowie kompl.
Wohn-, Büro- u. B. B. B.
Herren-, Damen- u.
Kinder-Konfektion
Arbeiter-Garderob.
Manufaktur-Waren
Wäsche, Teppiche,
Kinderwagen etc.
Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten

Möbelmagazin
Herm. Rist Hund-
Str. 13.
billigste Bezugsquelle
Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

Eutin
Deutsches Haus
Kielstr. 7
hält sich Vereinen u. Touristen
bestens empfohlen.
Paul Schröder.

**Arbeiter-Artik.
Manufakturw.**
Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
viel benutzte Bezugsquelle für
Manufakturwaren und
Garderoben aller Art

**Pflanzen-
Butter**
Dolichteil-Eigal-
Pflanzenbutter
Edel Margarino
„Heimchen“
das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannisstraße 22

**Garten-
Sämereien**
Friedrich Michael
Breitestraße 49

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
Königstraße 116.

Ludw. Grandt
Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
beste Bezugsquelle in Arbeiter-
schuhen sow. auch bess. Schuhwar.

**Arbeiter- und
Berufskleidg.**
J. H. Pein
am Markt
Herren- und Knaben-
Garderobe,
Berufskleidung,
Hüte und Mützen.

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Möller
Holstenstraße
42

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite
Str. 60.
Spez.-Geschäft in Handschuhen
u. Krawatten, Herren-Wäsche.

**Lederwaren u.
Reiseartikel**
J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies
Lederwaren
Brieftaschen
Ränzel
Schultaschen
Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel

Öfen und Herde
F. STEEN
Wahnstraße 58
Irdanes Gebrauchsgeschirr

Mölln
Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillator.

Bäckereien
J. Hansen
Fernald 672 Mühlenstr. 36-40

**Eisenwaren
u. Werkzeuge**
G. Kugel & Co.
Sendstr. 18 Tel. 397

**Kolonialwaren
u. Kaffeeröst.**
Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pötger
Schüsselbuden 32
Kaffee
in sämtlichen Preislagen.

Reit- und Fahr-Artikel
Wilh. Kreuzfeldt
Lederhandlung, samt Schuhmacherartikel
Fischergrube 23
E. Teuteberg Untertrave 60, Suben
aussehn. Schuhmacher

Photographien
Samson & Co.
Breitestraße 39,
Erstes Atelier mit
billigen Preisen -
Amateur Bedarfsartikel.

Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Klub- und Billlokal Regebahn.
Rud. Hübener, Uhren u.
Goldwar.

Trinkt
Adler Bier

**Fleisch- und
Wurstwaren**
Ch. Hamann
Schlachtereierl
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923

Kinotheater
**Metropol-
Theater**
Nur Breitestr., beim Rathaus
Täglich ununterbrochen Vor-
stellung von 4-11 Uhr.
Jeden Sonnabend u. Mittwoch
neues Programm.
Sonntag nachm. 1-4 Kinder-Vorstellung.

**Mineralwasser
u. Spirituosen**
J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 750
Verlangen Sie
Bunte Kuh-Kümmel
Dr. Mickel Spezialfabrik für alkoholfreie
Getränke Tel. 1070.

Tapeten
Fritz Rehm
Beckergrube 20.

Ludw. Kuhn, Herr- u. Damenh.
Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u.
Repar.-Wkst.

h. Lück
Brauerei zur
Wafkmühle

Herm. Miljes
Schüsselbuden Nr. 30
Herm. Spangenberg
Fabrikfeinere Fleisch- u. Wurstwaren
Schwarzen-Allée 59

Lichtspiele
**Neues
Lichtspiel-Theater**
Breitestr. 13 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventilirtes
u. der Neuzeit entsprechendes
Lichtspiel-Etablissement.

Meierei
HANSA-MEIEREI
Lübeck's Amme
Milch- u. Milchprodukte
in anerkannt bester Qualität

**Trennmaschinen u.
Sattlerwaren**
H. Köpcke & Buggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schumapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Häxstraße 29.

Schlusup
Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerke
Eigene Reparaturwerkstätte.
W. Richter
Uhren u. Goldwaren
eigene Reparaturwerkstätte

Trinkt
**Lübecker
Vereins-
Bräu**

**Gesundheits-
Brot**
Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot a. reinem Roggen
Kornmehl und Zerkleinertes
- ärztlich empfohlen!
Erdäglich in 50 Niederlagen.

Theater
Besucht das
Variété International
Untertrave 63

**Uhren- und
Goldwaren**
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher.
Schweizer Uhren.

**Thüringer
Wurstfabrik**
Ihre Fabrikate empfiehlt
angelegentlichst die
**Thüringer Wurst- und Fleisch-
Konserven-Fabrik**
August Schaefer, Lübeck
Beim Retteich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Gasthof Post H. Vetter
Empfehlensw. Lokal
Hugo Krogmann Photographien-
Atelier
Ad. Sabarowski Verkehrslokal
Gewerkschaft

Trinkt
Kropt, Brauerei Osbnar

Glas, Porzellan
**ARNOLD
BERG**
Breitestraße 35.

**Centralverband der
Maschinisten und Heizer.**
Hauptstelle Lübeck.
Die Versammlung findet
am Sonnabend, 19. April,
Nacht.
5011) Der Vorstand.

Verband der Hausangestellten.
Einladung zum Frühlings-Fest
verbunden mit Blumen-Polonäse u. Ball
am Sonntag, dem 20. April 1913
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Kaffeeöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei,
einzeln Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Festkomitee.

**Uhren- und
Goldwaren**
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher.
Schweizer Uhren.

Schwartau
Herm. G. Schmidt
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Druckerei Ioh. Hans Gröpp
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel

Trinkt
W. Bromme

General-Versammlung
am Montag, dem 14. April d. J.
abends 9 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verwichenen
Halbjahr.
2. Nächste Abrechnung.
3. Sachstandsbericht laut § 13.
4. Antrag auf Erhöhung der Bei-
träge.
5. Sonstige Sachverhalte.
Die Mitglieder werden dringend
erbetet, nicht zahlreich zu erscheinen.
2011) Der Vorstand.

**Moisling-
Sozialdemokratischer Verein.**
General-Versammlung
am Sonnabend, d. 12. April
im Lokale d. Ww. Schreiber
(Kaffeehaus).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Angelegenheiten.
4. Berichterstattung.
Um recht zahlreiches Erscheinen
erbetet
2011) Der Vorstand.

**Restaurant
H. Oldenstädt
Faekenburg.**
Gr. humoristischer Abend
am Sonnabend, 12. April.
Sonntag, den 20. April:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
Sonntag, den 4. Mai:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
2. Freitag, den 12. Mai:
Großes Ringreiten.
Hierzu ladet freundlich ein
2011) O. Evers.

**Uhren- und
Goldwaren**
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher.
Schweizer Uhren.

Alb. Glöck Schlachtereierl
ff. Fleisch u. Wurstwar
A. Kländer Schuhwarenhaus
Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der
freien Gewerkschaft.
U. Schapp Manufakturwaren
Arbeitergarderobe.

W. Bromme
Johannisstr. 50, zu mel-
den. Spätere Meldungen
können nicht berücksich-
tigt werden.
Das Komitee.

General-Versammlung
am Montag, dem 14. April d. J.
abends 9 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verwichenen
Halbjahr.
2. Nächste Abrechnung.
3. Sachstandsbericht laut § 13.
4. Antrag auf Erhöhung der Bei-
träge.
5. Sonstige Sachverhalte.
Die Mitglieder werden dringend
erbetet, nicht zahlreich zu erscheinen.
2011) Der Vorstand.

**Moisling-
Sozialdemokratischer Verein.**
General-Versammlung
am Sonnabend, d. 12. April
im Lokale d. Ww. Schreiber
(Kaffeehaus).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Angelegenheiten.
4. Berichterstattung.
Um recht zahlreiches Erscheinen
erbetet
2011) Der Vorstand.

**Restaurant
H. Oldenstädt
Faekenburg.**
Gr. humoristischer Abend
am Sonnabend, 12. April.
Sonntag, den 20. April:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
Sonntag, den 4. Mai:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
2. Freitag, den 12. Mai:
Großes Ringreiten.
Hierzu ladet freundlich ein
2011) O. Evers.

**Uhren- und
Goldwaren**
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher.
Schweizer Uhren.

Neues Stadttheater.
Sonnabend, den 12. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 3/4 Uhr.
172. Vorst. i. V.-A. Außer Sonnab.-A.
Agnes Bernauer.
Ein deutsches Trauerspiel v. Hebbel
Schauspielpreise.

W. Bromme
Johannisstr. 50, zu mel-
den. Spätere Meldungen
können nicht berücksich-
tigt werden.
Das Komitee.

General-Versammlung
am Montag, dem 14. April d. J.
abends 9 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verwichenen
Halbjahr.
2. Nächste Abrechnung.
3. Sachstandsbericht laut § 13.
4. Antrag auf Erhöhung der Bei-
träge.
5. Sonstige Sachverhalte.
Die Mitglieder werden dringend
erbetet, nicht zahlreich zu erscheinen.
2011) Der Vorstand.

**Moisling-
Sozialdemokratischer Verein.**
General-Versammlung
am Sonnabend, d. 12. April
im Lokale d. Ww. Schreiber
(Kaffeehaus).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Angelegenheiten.
4. Berichterstattung.
Um recht zahlreiches Erscheinen
erbetet
2011) Der Vorstand.

**Restaurant
H. Oldenstädt
Faekenburg.**
Gr. humoristischer Abend
am Sonnabend, 12. April.
Sonntag, den 20. April:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
Sonntag, den 4. Mai:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
2. Freitag, den 12. Mai:
Großes Ringreiten.
Hierzu ladet freundlich ein
2011) O. Evers.

**Uhren- und
Goldwaren**
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher.
Schweizer Uhren.

Sonntag, den 13. April 1913.
Nachm. 3 Uhr. Ende 5 Uhr.
Außer Abonnement.
Einheitspreis von 50 Pfg. pro Plaz.
Im weißen Rößl.
Luftspiel v. Blumenthal u. Stadelburg
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 3/4 Uhr.
173. Vorst. i. V.-A. Opernpreise.
Letztes Gastspiel von Karl Erb.
La Bohème.
Oper von G. Puccini.
Die Verlorenung der Plätze zur
Nachmittags-Vorstellung findet noch
heute von 8-9 Uhr abends statt.

W. Bromme
Johannisstr. 50, zu mel-
den. Spätere Meldungen
können nicht berücksich-
tigt werden.
Das Komitee.

General-Versammlung
am Montag, dem 14. April d. J.
abends 9 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verwichenen
Halbjahr.
2. Nächste Abrechnung.
3. Sachstandsbericht laut § 13.
4. Antrag auf Erhöhung der Bei-
träge.
5. Sonstige Sachverhalte.
Die Mitglieder werden dringend
erbetet, nicht zahlreich zu erscheinen.
2011) Der Vorstand.

**Moisling-
Sozialdemokratischer Verein.**
General-Versammlung
am Sonnabend, d. 12. April
im Lokale d. Ww. Schreiber
(Kaffeehaus).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Angelegenheiten.
4. Berichterstattung.
Um recht zahlreiches Erscheinen
erbetet
2011) Der Vorstand.

**Restaurant
H. Oldenstädt
Faekenburg.**
Gr. humoristischer Abend
am Sonnabend, 12. April.
Sonntag, den 20. April:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
Sonntag, den 4. Mai:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
2. Freitag, den 12. Mai:
Großes Ringreiten.
Hierzu ladet freundlich ein
2011) O. Evers.

**Uhren- und
Goldwaren**
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher.
Schweizer Uhren.

Montag, den 14. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 3/4 Uhr.
174. Vorst. i. V.-A. 28. Vorst. i. Mont.-A.
Die lustigen Weiber v. Windsor
Kom.-phant. Oper v. Otto Nicolai.
Opernpreise. (3027)

W. Bromme
Johannisstr. 50, zu mel-
den. Spätere Meldungen
können nicht berücksich-
tigt werden.
Das Komitee.

General-Versammlung
am Montag, dem 14. April d. J.
abends 9 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verwichenen
Halbjahr.
2. Nächste Abrechnung.
3. Sachstandsbericht laut § 13.
4. Antrag auf Erhöhung der Bei-
träge.
5. Sonstige Sachverhalte.
Die Mitglieder werden dringend
erbetet, nicht zahlreich zu erscheinen.
2011) Der Vorstand.

**Moisling-
Sozialdemokratischer Verein.**
General-Versammlung
am Sonnabend, d. 12. April
im Lokale d. Ww. Schreiber
(Kaffeehaus).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Angelegenheiten.
4. Berichterstattung.
Um recht zahlreiches Erscheinen
erbetet
2011) Der Vorstand.

**Restaurant
H. Oldenstädt
Faekenburg.**
Gr. humoristischer Abend
am Sonnabend, 12. April.
Sonntag, den 20. April:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
Sonntag, den 4. Mai:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
2. Freitag, den 12. Mai:
Großes Ringreiten.
Hierzu ladet freundlich ein
2011) O. Evers.

**Uhren- und
Goldwaren**
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher.
Schweizer Uhren.

Montag, den 14. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 3/4 Uhr.
174. Vorst. i. V.-A. 28. Vorst. i. Mont.-A.
Die lustigen Weiber v. Windsor
Kom.-phant. Oper v. Otto Nicolai.
Opernpreise. (3027)

W. Bromme
Johannisstr. 50, zu mel-
den. Spätere Meldungen
können nicht berücksich-
tigt werden.
Das Komitee.

General-Versammlung
am Montag, dem 14. April d. J.
abends 9 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verwichenen
Halbjahr.
2. Nächste Abrechnung.
3. Sachstandsbericht laut § 13.
4. Antrag auf Erhöhung der Bei-
träge.
5. Sonstige Sachverhalte.
Die Mitglieder werden dringend
erbetet, nicht zahlreich zu erscheinen.
2011) Der Vorstand.

**Moisling-
Sozialdemokratischer Verein.**
General-Versammlung
am Sonnabend, d. 12. April
im Lokale d. Ww. Schreiber
(Kaffeehaus).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Angelegenheiten.
4. Berichterstattung.
Um recht zahlreiches Erscheinen
erbetet
2011) Der Vorstand.

**Restaurant
H. Oldenstädt
Faekenburg.**
Gr. humoristischer Abend
am Sonnabend, 12. April.
Sonntag, den 20. April:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
Sonntag, den 4. Mai:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
2. Freitag, den 12. Mai:
Großes Ringreiten.
Hierzu ladet freundlich ein
2011) O. Evers.

**Uhren- und
Goldwaren**
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher.
Schweizer Uhren.

Montag, den 14. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 3/4 Uhr.
174. Vorst. i. V.-A. 28. Vorst. i. Mont.-A.
Die lustigen Weiber v. Windsor
Kom.-phant. Oper v. Otto Nicolai.
Opernpreise. (3027)

Verbreitung fortwährend für Aufklärung unter der Bevölkerung gesorgt! — Zuzug nach München ist auch ferner noch zu vermeiden.

Zum Tapeziererstreik in Nürnberg. Die Nürnberger Tapezierermeister bemühen sich unter Ausbietung aller Mittel, die streikenden Gehilfen zur Anerkennung des Unternehmer-tarifs zu zwingen. Der alte Tarif wurde von dem Unter-nehmerverband mit der Motivierung gefündigt, das Gewerbe sei nicht imstande, den bisherigen Tarif länger einzuhalten. Die Gehilfen nahmen den Kampf auf und stellten Forderungen an die Unternehmer. Der Kampf ist ein sehr hartnäckiger und währt schon etwa sechs Wochen. Da alle Versuche, Arbeitswillige in größerer Zahl nach Nürnberg zu ziehen, bisher scheiterten, so versuchen die Unternehmer jetzt, in Presse-notizen es so darzustellen, als sei der Streik beendet. Dadurch hoffen sie, leichter, namentlich aus Oesterreich, arbeitslose Tapezierer nach Nürnberg zu bekommen. Ausdrücklich sei festgestellt, daß an eine Beendigung des Kampfes so lange nicht zu denken ist, so lange sich die Unternehmer nicht entschließen, den von den Gehilfen aufgestellten Forderungen entgegenzukommen. — Vor Zuzug von Tapezierern nach Nürnberg muß dringend gewarnt werden. — Der Kampf treibt übrigens recht eigenartige Blüten.

Weil es nicht gelingen will, Arbeitswillige zu bekommen, hat der Bayerische Schuhverband für das Tapezierergewerbe selbst seine Mannen aufgeboden. Kleinmeister aus anderen bayrischen Städten kommen nach Nürnberg. In Kolonnen von drei bis vier Mann arbeiten sie abwechselnd bei den Unternehmern, die durch den Kampf am meisten im Druck sind. Nach einigen Tagen reisen die Meister wieder in die Heimat zurück, und eine neue Meisterkolonne übernimmt den Arbeitswilligendienst. Sogar der Vorsitzende des Schuhverbandes, der in München Inhaber eines größeren Betriebes ist, ist an dieser Kolonnenarbeit beteiligt. Durch das Meisteraufgebot aus dem ganzen Lande glauben sie die Streikenden wandern machen zu können. Nutzen wird dieses Beginnen des Schuhverbandes gar nichts; es beweist nur, daß das Gewerbe die geringen Forderungen der Gehilfen sehr wohl tragen kann, wenn sich die Unternehmer den sehr teuren Luxus dieser eigenartigen Streikbruchmethode gestatten können.

Ein schweres Streikurteil. Vor der Strafkammer in Erfurt standen am Dienstag der Gauleiter des Transportarbeiterverbandes Karl Knöner, die Arbeiter Karl Ronne und Robert Marx, sowie die Frau des streikenden Fenster-

püfers Adam wegen Streikverweigerung. Der Gauleiter war in die Wohnung eines Fensterputzers, der den Streik gebrochen hatte, gegangen, um die Frau des Abtrünnigen darüber zur Rede zu stellen, weshalb sie ihren Mann zum Streikbruch verleitet habe. Dafür erhielt Knöner fünf Monate Gefängnis! Der Arbeiter Ronne erhielt wegen des Zuzugs „Streikbrecher“ vier Wochen Gefängnis, Marx mußte freigesprochen werden. Die Frau Adam hat in der Erregung zwei Arbeitswilligen darüber Vorhaltungen gemacht, daß sie Familienväter in den Rücken fallen bei dem Kampfe um ein Lohnminimum von 17 Pfg.! Dabei sollen nach den Aussagen der Arbeitswilligen die Worte „Streikbrecher“ und „Lump“ gefallen sein — und dafür muß nun die Frau auf drei Monate ins Gefängnis!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Öffentliche politische Versammlung.

Sonnabend, den 12. April, abends 8¹/₂ Uhr:

Grosse Volksversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Tages-Ordnung:

1. Die neue Militärvorlage und der Rüstungswahn.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Gustav Noske-Chemnitz.**

2. Freie Aussprache für jedermann.

Arbeiter! Parteigenossen! Es gilt zu protestieren gegen die ungeheure, in solcher Höhe noch nie dagewesene Wehrvorlage! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.
Paul Löwig, Johannisstraße 46.

Betten, Bettfedern
u. n. **Betten-Mittel**
kaufen Sie billig und reich bei
Markt Otto Albers Kehlmarkt 4.
1. Kompl. Betten u. 12.50 bis 24. an.
Reborn per Pfd. u. 45 bis 6. 4 2/3 P.
62) Rote Lubeca-Marken.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Reparaturen werden sachgemäß u. billig ausgeführt unter Garantie. Die besten Maschinen, Ersatzteile, bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck, Weid. Allee 6a. Telefon. 352.
Billig! Prima junges Schweinefleisch Rind 50 Pfg. Salswädrige 11c.

Das Beste für Tafel und Küche.
Lorbeerkrone
Hervorragendste, unübertroffene, buttergleiche Sahnen-Margarine.
Siegerin
Allerfeinste Süßrahm-Margarine, im Geschmack und Aroma der Molkezeibutter am nächsten.
Palmato
Pflanzenbutter-Margarine, von größter Butterähnlichkeit und feinstem Nussgeschmack.
Überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Allona-Bahrenfeld.

Die Arbeitsgarderoben
von **Bahr & Umlandt**
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwinnhosen . . 1.40 bis 3.50
Pilotshosen . . 2.50 bis 5.50
Maurerhosen . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlofferanzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.

Hans Köppen
Goldschmied und Graveur
Lübeck
4 Sandstraße 4.

Spezialität seit über 30 Jahren **Kuheuter, per Pfund 65** — unübertroffen im Geschmack —
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/16 vorm. M. Lahrtz. (3023)

Visiten-Karten
empfehlen die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.
Montag Sonnabend u. Sonntag geben wir auf jedes Pfd. unserer echt hoistein. **Eigelbpfflanzenbutter** Marke H. B. Pfd. 90 Pfg.
6 grosse Berliner gratis.
Diese Annahme gilt für 3 Buns unter bekannten Bedingungen.
Allerfeinste **Meierei-Tafelbutter** Pfund 1.25 M.
Holsteinisches Butterhaus, Königstraße 41a nahe bei Atmer.

Mache dem geehrten Publikum von Moisling und Umgegend die ergebene Mitteilung, das mein Geschäft Sonntags ab 1 Uhr geschlossen ist.
A. Litzneroth, Barbier, Moisling.
Herrn-Hüte, feil u. weich
Mützen f. Herren u. Knaben
Regenschirme für Herren und Damen
Spazierhüte
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Walter Stalbohm
Hägarstraße 26. (3021)
Rote Lubeca-Marken.

In Läden, bei Verkäufern: Rahmschicht-Käse
pro Stück 30 Pfg. **Hansa-Meierei.**
Pa. Starbonade, Platten, pro Pfd. 95 Pfg.
" dicke Rippen " " 80 "
Pa. Platten zum Füllen Pfd. 95 Pfg. Pa. junges Rindfleisch Pfd. 80 Pfg.
Schweinef., Bratenst. 85 Pfg. Pa. fett. Kalbfleisch, Pfd. u. 80 Pfg. an
Eisbeine 60 Pfg. Pa. jung. Pa. bestes weißes Schmalz 60 Pfg.
fetten u. mageren Speck Pa. b. 10n. v. 4 Pfd. Pfd. 85 Pfg.
b. 10n. v. 4 Pfd. Pfd. 90 Pfg.
Pa. besonders dicke Platten bei 10n. v. 4 Pfd. Pfd. 75 Pfg.
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14-16.